

Josef Schmid

Intendant Klaus von Bismarck und die Kampagne gegen den »Rotfunk« WDR

Als Anfang der 1970er Jahre aus der CDU und von ihr nahe stehenden Presseorganen unter der Firmierung »Rotfunk« eine Kampagne gegen den Westdeutschen Rundfunk Köln (WDR) entfacht wurde, bündelte sie einen bereits im vorhergehenden Jahrzehnt von dieser Seite vielfältig zum Ausdruck gebrachten Unmut über das Programm und rundfunkpolitische Verhalten der Kölner Sendeanstalt.¹ Vor allem der am 28. April 1971 in den Verwaltungsrat des WDR gewählte Bundesminister a.D. Heinrich Windelen und der Vorsitzende der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag Heinrich Köppler gehörten in dieser Zeit zu den schärfsten Kritikern des aus ihrer Sicht politisch viel zu linkslastigen WDR.² Köppler titulierte die Rundfunkanstalt als »Haus Maos«, und besonders Windelen benutzte wiederholt den Begriff »Rotfunk« zur Zuspitzung seiner Kritik.³

Solche Kritik war nicht neu. Schon Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre hatten Personen aus der CDU und ihrem Umfeld angesichts einer zeitweiligen faktischen SPD-Dominanz in den Aufsichtsgremien des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), dem der WDR bis zur Teilung 1956 angehörte, bereits von einem für sie unerträglichen »Rotfunk« und einem »liberal-marxistischen« Sender gesprochen.⁴ Allerdings hatten sich die politischen Rahmenbedingungen seit dieser Zeit tief greifend verändert: In Nordrhein-Westfalen (NRW) hatten 1966 die Sozialdemokraten die politische Führung übernommen, und die CDU fürchtete offenkundig um ihren Einfluss in der größten Rundfunkanstalt der Bundesrepublik, da sich die politischen Mehrheitsverhältnisse im Landtag begünstigt durch das WDR-Gesetz mit zeitlicher Verzögerung auch in den Aufsichtsgremien Verwaltungsrat (7 Mitglieder) und Rundfunkrat (21 Mitglieder) des WDR niederschlugen.⁵ Zudem beendete die Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 die Ära ununterbrochener Beteiligung der CDU an der Bundesregierung seit 1949. Generell war

1 Vgl. Josef Schmid (Bearb.), »Ich fühlte mich in Dienst genommen«. Klaus von Bismarck in Äußerungen zu Zeitfragen seit 1945, Manuskript Hamburg 2000, Kapitel V.

2 Vgl. CDU-Kampagne Westdeutscher Rundfunk (Köln), zusammengestellt vom Medienausschuss des SPD-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen, in: Funk-Report 14, 1978, 24, S. I-XII.

3 Zitiert nach: ebd., S. VIII.

4 Vgl. Eva-Maria Freiburg, Die Geschichte des Rundfunks in Nordrhein-Westfalen. Vom NWDR-Köln zum WDR, Diss. Hannover 1974, S. 63 ff.

5 Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der dominanten rundfunkpolitischen Position der politischen Parteien im Landtag, die sie sich Mitte der 1950er Jahre bei der Teilung des NWDR und Neugründung des WDR verschafft hatten. Bedeutende gesellschaftliche Organisationen wie die Kirchen, die in den Aufsichtsgremien als »Gegenwicht« zu den politischen Parteien hätten agieren können, verloren durch das am 25. Mai 1954 vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedete Gesetz über den »Westdeutschen Rundfunk Köln« an direkten Einflussmöglichkeiten. Die 21 Mitglieder des Rundfunkrats des WDR wurden nun vom nordrhein-westfälischen Landtag nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt, der siebenköpfige Verwaltungsrat wiederum vom Rundfunkrat. Vgl. insgesamt Wolf Bierbach, Der neue WDR – Dokumente zur Nachkriegsgeschichte des Westdeutschen Rundfunks, Köln etc. 1978; Dierk Ludwig Schaaf, Politik und Proporz im NWDR. Rundfunkpolitik in Nord- und Westdeutschland 1945–1955, Diss. Hamburg 1971.

in den 1960er Jahren ein breiter gesellschaftspolitischer Wandel eingeläutet worden, mit dem sich besonders die CDU und andere konservative Kräfte schwer taten.⁶

Der WDR hatte mit vielfältigen Programmangeboten und Initiativen versucht, die Diskussion über die u.a. in den Kirchen, Gewerkschaften und der studentischen Jugend erhobenen Forderungen nach einem veränderten Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands, verbesserten Mitbestimmungsrechten in gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden sowie einer »neuen« Ostpolitik zu fördern. Dem ab April 1961 amtierenden Intendanten Klaus von Bismarck wird dabei eine besonders aktive Rolle nachgesagt. Er hatte sachkundigen Beobachtern zufolge einen wichtigen Anteil an der rundfunkpolitischen Entwicklung und Profilgewinnung des WDR in dieser Zeit.⁷ In der Folge wurde von Bismarck, der 1960 auf Vorschlag der CDU zum Intendanten gewählt und fünf Jahre später einstimmig bestätigt worden war, 1970 nur noch mit den vier Stimmen der Vertreter der in Düsseldorf regierenden sozialliberalen Koalition vom Verwaltungsrat für eine dritte Amtsperiode gewählt.⁸ Der Rundfunkrat bestätigte seine Wiederwahl ebenfalls nur knapp mit elf zu zehn Stimmen.⁹

Vor diesem Hintergrund schien es der CDU gelegen zu kommen, als der WDR Beiträge sendete, die nicht nur in ihren Reihen für Unmut sorgten, und Verwicklungen von Mitarbeitern in Aktivitäten der Baader-Meinhof-Gruppe öffentlich wurden, welche strafrechtliche Ermittlungen und in wenigen Fällen sogar juristische Anklagen nach sich zogen. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob ein WDR-Mitarbeiter Anhängern der Gruppe sein Auto wissentlich zur Verfügung gestellt hatte oder nicht.¹⁰ Intendant von Bismarck festigte vor allem in dieser Zeit seinen Ruf, eine konsequent liberale Rundfunkpolitik zu verfolgen, indem er sich in vielen Fällen schützend vor kritisierte Mitarbeiter stellte und für die Ausstrahlung umstrittener Beiträge Verantwortung übernahm.¹¹ Führende Landespolitiker der CDU hielten über mehrere Jahre an der »Rotfunk«-Kampagne fest und versuchten im Vorfeld der Intendantenwahl 1975 den möglichen Kandidaten von Bismarck öffentlich zu diskreditieren.¹² Später lobten führende Sozialdemokraten den Intendanten zwar, nicht eingeknickt zu sein und sich »mit großer Tapferkeit« gegen oft sehr polemische Angriffe gewehrt zu haben¹³, aber von Bismarck verzichtete nach langem Zögern am 15. September 1975 in einem Schreiben an die Aufsichtsgremien des WDR freiwillig auf eine erneute Kandidatur. Denn, so seine zentrale Begründung, »die mir unerlässlich erscheinende breite Vertrauensbasis« sei »nicht vorhanden«.¹⁴

»Herr von Bismarck, warum gehen Sie eigentlich?«¹⁵ – fragte der damalige Personalratsvorsitzende des WDR, Peter König, Ende März 1976 den scheidenden Intendanten,

6 Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

7 Vgl. u.a. Hans Bausch, *Rundfunkpolitik nach 1945*, Teil 1 und 2, München 1980, S. 447 ff. Auch im benachbarten Ausland wurde dies so wahrgenommen. Vgl. Alfred Grosser, *Mein Deutschland*, Hamburg 1993, S. 183; Joseph Rovon, *Un Homme de Bien: Klaus von Bismarck*, in: *Documents. Revue des Questions Allemandes* 52, 1997, 2, S. 24 f.

8 Vgl. August Seeling, *Durch die Brille des Rundfunkintendanten gesehen*, in: Walter Först (Hrsg.), *Aus Köln in die Welt. Beiträge zur Rundfunkgeschichte*, Köln etc. 1974, S. 539–576, hier: S. 559 ff.

9 Vgl. Bausch, S. 796 ff.

10 Vgl. Stefan Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, erw. und aktual. Ausgabe, Hamburg 1997, S. 148 ff.

11 Vgl. z.B. epd/KuR, Nr. 10, 08.03.1972, S. 2 f. Auch konservative Beobachter stützten dieses Urteil; vgl. u.a. FAZ, 05.04.1977.

12 Vgl. epd/KuR, Nr. 67, 20.09.1975, S. 1 f.

13 So z.B. das damalige Verwaltungsratsmitglied Johannes Rau (Interview vom 04.02.2000).

14 Zitiert nach: epd/KuR, Nr. 67, 20.09.1975, S. 5 f.

15 Zitiert nach: Helmut Drück, *Erinnerung an Klaus von Bismarck*, in: *fernseh-informationen* 48, 1997, 11, S. 356–358, hier: S. 358.

der schon in zeitgenössischen Interviews bestätigte, keineswegs amtsmüde gewesen zu sein.¹⁶ Also: Was war passiert? Der nachfolgende Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu finden, beschreibt die Handlungen eines rundfunkpolitischen Akteurs in leitender Position¹⁷, der vor dem Hintergrund vielfältiger Herausforderungen mit seinem ausgeprägt überparteilichen Amtsverständnis immer weniger Zustimmung finden konnte. Die CDU-gestützte »Rotfunk«-Kampagne markierte dabei nur einen Höhepunkt.

1. HERAUSFORDERUNGEN IN DER EXPANSION. ZUR ENTWICKLUNG DES WDR BIS ANFANG DER 1970ER JAHRE

Bis Anfang der 1960er Jahre waren in der bundesdeutschen Rundfunkpolitik eine Reihe von Weichenstellungen erfolgt, die den Rahmen für die weitere Entwicklung des WDR bildeten. Vor allem war ein heftiger Streit um die Zuständigkeit für den Rundfunk¹⁸ entbrannt, wie er schon zwischen Reich und Ländern in der Weimarer Republik geführt worden war.¹⁹ Den Bundesländern gelang es mehrmals, Begehrlichkeiten der Bundesregierung nach mehr Mitspracherechten im Rundfunk abzuwehren. Mit ihren Ambitionen für einen eigenen Fernsehsender provozierte die Regierung Adenauer schließlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 28. Februar 1961, das als ein »Meilenstein der Rundfunkfreiheit« (Hans Bausch) in die Geschichte eingegangen ist. Denn mit diesem Richterspruch wurden Hörfunk und Fernsehen definitiv zur Ländersache erklärt und der föderale Charakter der Rundfunkorganisation in der Bundesrepublik Deutschland betont.²⁰

Gleichzeitig gilt das BVG-Urteil als entscheidender Anstoß für die Bildung eines Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) durch die Ministerpräsidenten der Bundesländer.²¹ Die ARD-Anstalten bauten, begünstigt durch ein provisorisch eingerichtetes zweites Fernsehprogramm bis zum Sendebeginn des ZDF am 1. April 1963, ihre Fernsehkapazitäten erheblich aus. Nachdem Pläne, das zweite Fernsehprogramm der ARD dauerhaft zu etablieren, wieder verworfen worden waren, nutzte man die vorhandenen Ressourcen für den Aufbau der »Dritten Fernsehprogramme«.²² Der WDR hatte hierbei einigen Nachholbedarf. Er strahlte zwar seit dem 1. Januar 1956 ein eigenverantwortliches Programm aus, dessen Auf- bzw. Ausbau war aber unter mehrere Vorbehalte gestellt worden. Die vier von der NWDR-Auflösung betroffenen Landesregierungen von NRW, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten sich über eine fortdauernde Zusammenarbeit der beiden neuen Rundfunkanstalten NDR und WDR in folgenden Teilbereichen verständigt: Aus technischen und rundfunkpolitischen Gründen²³ teilten sich

16 Vgl. u.a. »Ich meine, einen geraden Weg gegangen zu sein.« Eine Erfahrungsbilanz des scheidenden WDR-Intendanten D. Klaus von Bismarck, in: epd/KuR, Nr. 22, 20.03.1976, S. 1–5; Klaus von Bismarck, Aufbruch aus Pommern. Erinnerungen und Perspektiven, München 1992, S. 290 ff.

17 Vgl. Norbert Schneider, Der Intendant. Zwischen Gremien und Redaktionen. Anmerkungen zu einer doppelten Verschiebung, in: RuF 29, 1989, S. 261–264.

18 Rundfunk wird im Folgenden als Sammelbegriff für Hörfunk und Fernsehen benutzt.

19 Vgl. Bausch, S. 9 ff.

20 Vgl. auch Wolf Bierbach, Besatzungszonen und Länder. Föderale Probleme zentralistischer Rundfunkanstalten, in: Walter Först (Hrsg.), Rundfunk in der Region. Probleme und Möglichkeiten der Regionalität, Köln 1984, S. 87–122, hier: S. 116.

21 Vgl. Klaus Wehmeier, Die Geschichte des ZDF. Entstehung und Entwicklung 1961–1969, Mainz 1979.

22 Vgl. Walter Först, Anfänge und Ansätze, in: ders. (Hrsg.), Nach fünfundzwanzig Jahren. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart des WDR, Köln etc. 1980, S. 15–38, hier: S. 28 f.

23 Auf einer internationalen Konferenz in Kopenhagen im September 1948 waren dem damaligen NWDR zwei Mittelwellenfrequenzen zur Verfügung gestellt worden, von denen nur eine einen

beide Rundfunkanstalten zunächst noch ein Mittelwellenprogramm im Hörfunk. Und für das Fernsehen hatten die Verantwortlichen mit dem Nord- und Westdeutschen Rundfunkverband (NWRV) eine Übergangslösung für gemeinsames Arbeiten im Rahmen der ARD gefunden, die bis zum 31. März 1961 existierte.²⁴ Innerhalb dieses Verbandes produzierte die Kölner Filiale zwar de facto fast selbstständig ihren Anteil von 23 Prozent für das Gemeinschaftsprogramm der ARD²⁵, doch führende WDR-Funktionäre maßen dem Fernsehen in den 1950er Jahren vergleichsweise geringe Bedeutung zu oder hatten Vorbehalte gegen seine Verbreitung, was einer entschiedeneren Förderung des Mediums in der Kölner Sendeanstalt abträglich gewesen sein soll.²⁶ Die Produktionskapazitäten lagen 1961 auf alle Fälle auch nach interner Einschätzung noch unter den Möglichkeiten der größten und finanzstärksten ARD-Anstalt, und eine brauchbare Konzeption für die anstehenden Aufgaben gab es nicht. Improvisation, so der damalige Fernsehdirektor Hans Joachim Lange, war zunächst die Devise.²⁷

Unter dem neuen Intendanten wurden dann die Produktionskapazitäten bewusst stark ausgeweitet, damit der WDR seinen im sogenannten »Fernsehvertrag« festgelegten Anteil von nun 25 Prozent an einem ARD-Fernsehprogramm leisten konnte, das seine tägliche Sendezeit ohnehin kontinuierlich steigerte.²⁸ Das Fernsehen, das bereits in den 1950er Jahren seinen Platz in der Bundesrepublik Deutschland als Massenmedium erobert hatte²⁹, etablierte sich im darauf folgenden Jahrzehnt durch eine erheblich zunehmende Verbreitung endgültig.³⁰ In diesem Kontext baute der WDR unter Rückgriff auf die in Bayern und Hessen bereits gesammelten Erfahrungen selbst ein »Drittes Fernsehprogramm« auf, das nach dem »Prinzip der Ergänzung« (Klaus von Bismarck) der bestehenden Programme eingerichtet werden sollte. Der prominente und zuweilen sehr eigenwillig agierende Journalist Werner Höfer wurde zum ersten Direktor des neuen »wdr/Westdeutschen Fernsehen« gewählt, das 1965 seinen Sendebetrieb

technisch guten Empfang ermöglichte. WDR und NDR verständigten sich deshalb über eine weitere gemeinsame Nutzung der Mittelwelle. Diese rundfunkpolitisch und technisch begründete Einschränkung hatte aber eine zügige Entwicklung des UKW-Funks begünstigt, auf dessen Basis die jeweiligen Rundfunkanstalten ihr Programm ausbauten. Vgl. *Reinhard Schneider*, *Die UKW-Story. Zur Entstehungsgeschichte des Ultrakurzwellen-Rundfunks*, Berlin 1989.

- 24 Vgl. *Ernst-Wilhelm Viets*, *Der Nord- und Westdeutsche Rundfunkverband: Fünf Jahre zwischen Zentralisierung und Regionalismus. Eine Untersuchung zur Organisationsgeschichte des Rundfunks in Nordwestdeutschland*, Staatsexamensarbeit Hamburg 1974 und *ders.*, *Der Nord- und Westdeutsche Rundfunkverband*, in: *RuF* 24, 1976, 1, S. 50–80.
- 25 Vgl. *Hans Brack*, *Die organisatorische Entwicklung von Hörfunk und Fernsehen in Nord- und Westdeutschland von 1948 – März 1961*, in: *ders.* u.a., *Organisation des Rundfunks 1948–1962*, Hamburg 1962, S. 35–58, hier: S. 47.
- 26 Vor allem der damalige WDR-Intendant Hanns Hartmann hatte Zweifel angemeldet, ob die westdeutsche Gesellschaft schon reif für dieses neue Medium sei. Vgl. *Först*, *Aus Köln in die Welt*, S. 512 ff.
- 27 Vgl. *Hans Joachim Lange*, *Das erste Jahrzehnt. WDR-Fernsehen 1960–70*, in: *Först*, *Aus Köln in die Welt*, S. 477–510, hier: S. 478; *Walter Först*, *Anfänge und Ansätze*, in: *ders.* (Hrsg.), *Nach fünfundzwanzig Jahren*, S. 15–38, hier: S. 22.
- 28 1960/61 hatte die ARD nach eigenen Angaben durchschnittlich pro Tag 5 Stunden und 26 Minuten Fernsehprogramm gesendet, 1964 waren es bereits 7 Stunden und 22 Minuten und 1972 dann 7 Stunden 48 Minuten (jeweils ohne regionale und Dritte Programme); vgl. *ARD-Jahrbücher 1969 bis 1973*. Zur bewussten Förderung des Fernsehens unter Intendant von Bismarck vgl. *Schmid*, »Ich fühlte mich ...«, Kapitel V.
- 29 Vgl. *Axel Schildt*, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 262 ff.
- 30 Vgl. *Konrad Dussel*, *Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche in sozialgeschichtlicher Perspektive*, in: *Schildt u.a.*, *Dynamische Zeiten*, S. 673–694.

aufnahm.³¹ Anfang der 1970er Jahre blickte Intendant von Bismarck stolz auf die erbrachten Leistungen zurück: Das Dritte Fernsehprogramm war erfolgreich etabliert, die Beteiligung am ARD-Programm insgesamt gesteigert, Sonderaufgaben wie die Berichterstattung aus Bonn übernommen und zusammen mit dem NDR die Auslandsberichterstattung stark ausgeweitet worden.³² Außerdem hatte der WDR durch vergrößerte Ausbildungs- und Forschungsanstrengungen wichtige Beiträge zum 1967 flächendeckend in der Bundesrepublik eingeführten Farbfernsehen und anderen technischen und organisatorischen Entwicklungen im Rundfunk erbracht.³³

Generell hatte der WDR in den 1960er Jahren sein Engagement in der ARD verstärkt. 1963/4 übernahm mit Klaus von Bismarck erstmals ein Intendant der Kölner Rundfunkanstalt den Vorsitz innerhalb dieser Gemeinschaft. Durch die Leitung von Kommissionen der ARD untermauerte von Bismarck den Eindruck, dass der WDR sich zunehmend für gemeinschaftliche Belange interessiere.³⁴ So gehörte er auch zu den Wortführern, als sich die Intendanten gegen Vorwürfe aus der Presse, der Rundfunk besitze eine inakzeptable Monopolstellung in der Medienlandschaft, wehrten. Unter ihrem Vorsitzenden Axel Cäsar Springer (ab Mai 1963 im Amt) übernahm der »Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger« (BDZV) die Federführung bei der unter der Bezeichnung »Wettbewerbsgefecht« in die Rundfunkgeschichte eingegangenen Kampagne, die von 1962 bis 1967 dauerte. Der BDZV behauptete darin vor allem eine Wettbewerbsverzerrung, sollte das Recht auf Meinungsfreiheit nicht durch die Zulassung privatwirtschaftlich organisierter Fernsehanstalten gesichert werden.³⁵ Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Konflikts setzte der Bundestag bald eine Sachverständigenkommission (»Michel-Kommission«) ein. Sie sollte den Gehalt der Vorwürfe prüfen. Mit der Veröffentlichung ihres Berichts im September 1967, der unter den gegebenen Bedingungen keine Wettbewerbsverzerrung erkennen konnte, beendete die Kommission den Disput vorläufig. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Dezember 1971, das sich mit den Grundsätzen einer Zulassung von privaten Rundfunkanstalten befasste, bewertete die Presse- und Rundfunkfreiheit unterschiedlich und bestätigte im Wesentlichen die Einschätzung der Michel-Kommission. Erst Mitte der 1970er Jahre flammte der Streit erneut auf.³⁶

Auch in den wiederholten Disputen um die Einführung bzw. Ausdehnung von Werbung im Rundfunk – in den Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit des Rundfunks in der Bundesrepublik eine weitere zentrale Frage, da sie die Finanzierung betraf

31 Vgl. *Lange*, S. 506 ff. Zur Entwicklung des Fernsehens in der Bundesrepublik vgl. insgesamt *Helmut Kreuzer/Christian W. Thomsen* (Hrsg.), *Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland*, 5 Bde., München 1993/1994.

32 Für die Tagesschau etwa lieferte der WDR nach eigenen Angaben 45 Prozent der Filmberichte aus dem Inland, zudem brachte er insgesamt 38 Prozent des Sportprogrammolumens und 25 Prozent der Dokumentationen aus dem Ausland in das ARD-Programm ein. Vgl. *Klaus von Bismarck*, *Rückblick und Ausblick*, Antrittsrede zur 3. Amtsperiode, in: *WDR-Information*, Nr. 117/71, 06.04.1971, und die zunächst sehr detaillierten Jahrbücher des Intendanten, hrsg. vom WDR, Köln 1960 ff. (ab 1970 leider nur noch in stark verkürzter Fassung als jährliche Geschäftsberichte des Intendanten erstellt und publiziert).

33 Vgl. *Lange*, S. 505 f.

34 Intendant Hartmann hatte aus Sicht seiner ARD-Kollegen dagegen für den WDR eine Sonderrolle beansprucht und sich weniger an gemeinschaftlichen Aufgaben beteiligt. Vgl. *Bausch*, S. 304 und 586.

35 Vgl. *Walter J. Schütz*, *Entwicklung der Tagespresse*; *Ansgar Diller*, *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk*, und *Rüdiger Steinmetz*, *Initiativen und Durchsetzung privatkommerziellen Rundfunks*, alle in: *Jürgen Wilke* (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln etc. 1999, S. 109 ff.

36 Vgl. *Bausch*, S. 521 ff.

– tat sich Intendant von Bismarck hervor. Durch den erwähnten massiven Ausbau des Fernsehens und den damit verbundenen Finanzbedarf erhielt diese bereits zuvor diskutierte Frage in den 1960er Jahren zusätzliche Brisanz. Klaus von Bismarck prägte in dieser Debatte auf einer Pressekonferenz im Februar 1964 in Hamburg das Wort von der Werbung als »Sündenfall« des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.³⁷ Er plädierte mit Unterstützung der Mehrheit des WDR-Rundfunkrats vehement gegen eine Ausdehnung des Werbefernsehens³⁸, obgleich er zugestand, dass die daraus resultierenden Einnahmen für kleinere und mittlere Anstalten schon damals unentbehrlich gewesen sind. Mit dem finanzstarken WDR konnte er sich zu dieser Zeit noch den »Luxus« leisten, Einnahmen durch das Werbefernsehen³⁹ als Überschüsse zu verbuchen und gemäß dem WDR-Gesetz ausschließlich in kulturelle Einrichtungen von NRW zu investieren. Im Hörfunk verzichtete man bis 1987 ganz auf Werbung.⁴⁰ Andere Sendeanstalten, allen voran der Bayerische Rundfunk, teilten diese Position nicht und wurden zu Wegbereitern für Werbung in Fernsehen und Hörfunk. Später relativierte von Bismarck frühere Aussagen nur insofern, als er viele Argumente für das Begehen dieses »Sündenfalles« als berechtigt anerkannte, seine grundsätzliche Kritik jedoch beibehielt.⁴¹ Doch zu dieser Zeit musste er sich bereits vorhalten lassen, dass selbst die beim WDR-Fernsehen verfolgte Praxis kaum mehr etwas mit seinen hehren Ansprüchen zu tun hatte.⁴²

Ende der 1960er Jahre kam es im Zusammenhang mit Finanzierungsfragen zu einer großen öffentlichen Auseinandersetzung um die erste Gebührenerhöhung. Die Bundesländer leiteten eine Vereinheitlichung des Rundfunkgebührenwesens durch den dazugehörigen Staatsvertrag vom 31. Oktober 1968 ein. Bis zur ersten Gebührenerhöhung 1970 war es dann aber ein mühsamer Weg für die Rundfunkanstalten. Die Diskussionen in den Parteien und Parlamenten entzündeten sich dabei nicht vorrangig an Sachfragen. Widerstand gegen die Gebührenerhöhung resultierte vielmehr aus einer behaupteten politischen »Linkstendenz« des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Insgesamt wurde die zunehmende Neigung der politischen Parteien erkennbar, größeren Einfluss auf die Rundfunkanstalten anzustreben.⁴³ Der damalige ARD-Vorsitzende Christian Wallenreiter betrachtete dementsprechend die Auseinandersetzung um die Gebührenerhöhung auch als einen Kampf um die Ordnung des Rundfunkwesens, da er die Dispositionsfreiheit der Sendeanstalten in Gefahr sah.⁴⁴

WDR-Intendant von Bismarck teilte diese Einschätzung und wies wiederholt in öffentlichen Stellungnahmen darauf hin, dass die Rundfunkanstalten ihren Auftrag nicht mehr erfüllen könnten, sollte ihre weitere Finanzierung nicht durch eine Gebührenerhöhung gesichert werden.⁴⁵ Als größte ARD-Anstalt wurde dem WDR in solchen Grundsatzdebatten besondere Aufmerksamkeit zuteil. Die Situation spitzte sich zu, als

37 Vgl. ebd., hier: S. 534.

38 Interview mit Hilde Junker-Seeliger, 29.11.1999.

39 Das Werbefernsehen lag seit 1959 in den Händen der kommerziellen Tochterfirma »Westdeutsches Werbefernsehen GmbH«; vgl. *Lange*, S. 483 ff.

40 Vgl. WDR, Chronik. Beratungen des Rundfunkrats von März 1955 bis November 1997, 1. bis 380. Sitzung, Broschüre, o.O. (Köln) o.J. (1997), S. 28 ff.

41 Vgl. *Klaus von Bismarck*, Das verlorene Paradies und die öffentlich-rechtlichen Finanztöpfe. Zur Werbung als Sündenfall des deutschen Fernsehens, in: *Der tägliche Sündenfall. Fernsehen und Werbung*, hrsg. von der Evangelischen Konferenz für Kommunikation, Frankfurt/Main 1972, S. 60–62.

42 Vgl. ebd., S. 65 ff.

43 Vgl. *Konrad Dussel*, Die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949 bis 1969, Baden-Baden 1995, S. 481.

44 Vgl. *Bausch*, S. 658 ff.

45 Vgl. *Schmid*, »Ich fühlte mich ...«, Kapitel V.

die im Landtag von NRW inzwischen in der Opposition befindliche, aber in den Aufsichtsgremien des WDR mit Leitungssämtern betraute CDU die Federführung des Widerstandes gegen die Gebührenerhöhung übernahm.⁴⁶ Intendant von Bismarck erwarb sich bei seinen Rundfunkkollegen trotz einzelner Widerspruch auslösender Initiativen⁴⁷ Sympathie und Rückhalt durch sein grundsätzliches Eintreten für einen fairen Finanzausgleich. Die Zustimmung der Parlamente fiel jedoch äußerst knapp aus, und die Höhe der neuen Gebühren blieb unter den Erwartungen der Befürworter. Eine politische Rückendeckung bekamen die Rundfunkanstalten dann vom BVG. Im so genannten »Mehrwertsteuerurteil« vom 27. Juli 1971 bestätigte das Gericht, dass die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine staatsfremde Tätigkeit sei, und betonte damit de facto die besondere Stellung des Rundfunks im politischen System der Bundesrepublik.⁴⁸

Inzwischen wurde bereits die zweite Runde in Sachen »Gebührenerhöhung« eingeläutet. In dieser Diskussion griff von Bismarck sogar den Vorschlag des Intendanten des Hessischen Rundfunks, Werner Hess, auf und plädierte ebenfalls dafür, notfalls fernsehfremde Tage einzuführen, um zu sparen.⁴⁹ Dazu kam es nicht. Umgesetzt wurde dagegen der angekündigte Sparkurs des WDR dann in einem anderen Bereich: Die Kölner Sendeanstalt, die noch in den 1960er Jahren kulturellen Einrichtungen in NRW »sehr hohe Summen« (von Bismarck) gespendet, an beliebte Orchester und als talentiert erachtete Nachwuchskünstler viel beachtete Auftragsarbeiten vergeben, sich als Bauherr betätigt und insgesamt zu einem bedeutenden Kultur- und Wirtschaftsfaktor entwickelt hatte, stellte im Haushaltsplan für 1974 »wegen der verschärften Finanzmittel erstmals keine Mittel mehr für kulturelle Zwecke« bereit.⁵⁰

Externe Beobachter erkannten, dass es auch in der Debatte um die zweite Gebührenerhöhung vor allem um Begehrlichkeiten der Parteien und Parlamente ging, mehr Kontrolle über die Landesrundfunkanstalten zu erringen. Der WDR hatte hier allerdings in der Öffentlichkeit auch deshalb einen schweren Stand, da er – anders als es sein Intendant von Bismarck nach außen proklamierte – sowohl in seiner internen Politik als auch in seinem Finanzgebaren Transparenz vermissen ließ. Dies erzeugte entsprechendes Misstrauen gegenüber der »mächtigen« Sendeanstalt.⁵¹ Nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen stimmten die Landesparlamente aber schließlich einer weiteren Gebührenerhöhung ab 1974 zu.⁵²

Doch die Handlungsspielräume für den in Programmfragen sehr ambitionierten WDR wurden generell enger. In den 1960er Jahren hatte die Rundfunkanstalt nicht nur das Fernsehen gefördert, sondern war auch im Hörfunk in die Offensive gegangen. Dies schlug sich nicht nur in einem zügigen quantitativen Ausbau der Angebote der drei Hörfunkprogramme bis Anfang der 1970er Jahre⁵³, sondern auch in der Einführung neuer

46 Vgl. ebd.

47 Bei der Mehrzahl seiner Kollegen löste vor allem 1967 sein Vorstoß, aus ökonomischen Gründen die ARD-Sender auf vier oder fünf Anstalten zu reduzieren, Überraschung und Verärgerung aus. Man warf ihm unsolidarisches Verhalten vor. Vgl. *Die Welt*, 16.03.1967.

48 Vgl. *Bausch*, S. 438 ff.

49 Vgl. *epd/KuR*, Nr. 51, 27.07.1974, S. 5.

50 So die Begründung des WDR, zitiert nach: *epd/KuR*, Nr. 25, 03.04.1974, S. 8. Zur Entwicklung des WDR als Kultur- und Wirtschaftsfaktor vgl. *Först*, *Anfänge*, S. 15-38; *Karla Fohrbeck/Andreas Johannes Wiesand*, *Der WDR als Kultur- und Wirtschaftsfaktor*, Köln etc. 1989.

51 Vgl. *FAZ*, 28.11.1973.

52 Vgl. *Bausch*, S. 727 ff.

53 Das Erste Programm wurde, wie erwähnt, gemeinsam mit dem NDR gestaltet, und sendete inklusive der Übernahme des ARD-Nachtprogramms zwischen Mitternacht und sechs Uhr ganztätig. Im zweiten Programm strahlte der WDR 1971 1078 und im dritten bereits 640 Sendeminuten aus. Auf einer vierten Senderkette übertrug der WDR zudem spezielle Programme für Gastarbeiter (täglich je 45 Minuten und im Anschluss daran ein internationales Musikprogramm von

Sendeformen nieder. Vor allem die neu eingeführten Magazinsendungen »Mittagsmagazin« (ab 1965) und »heute morgen« (ab 1967) mit ihrem anfangs sehr konsequent durchgehaltenen Live-Charakter erwarben sich beim Publikum bald viel Zuspruch.⁵⁴

Für das stark ausgeweitete Programm benötigte der WDR auch mehr Personal. So wuchs die Zahl der im WDR fest Beschäftigten von etwa 2.000 beim Amtsantritt von Bismarcks 1961 über rund 3.000 Mitarbeiter 1971 auf etwas mehr als 3.400 zum Ende der Bismarck-Ära 1976. Dazu kamen Anfang der 1970er Jahre etwa 10.000 erfasste freie Mitarbeiter, von denen der größte Teil (Schauspieler, Statisten, etc.) allerdings nur selten Aufträge erhielt. Im Hörfunk wurden in dieser Zeit aber immerhin 800 freie Mitarbeiter regelmäßig für das WDR-Programm verpflichtet, ebenso viele waren es zusammen in den beiden ab 1965 eigenständig nebeneinander bestehenden Fernsehdirektionen Eins und Drei. Angesichts der, wie erwähnt, relativ knapper werdenden Finanzmittel wurde nun versucht, mit organisatorischen Veränderungen eine Basis zu schaffen, um die errungene programmatische Vielfalt nicht nur zu erhalten, sondern auch auf sich verändernde Publikumswünsche einstellen zu können.⁵⁵ Als das Intermezzo mit Peter Scholl-Latour, der erst 1969 Nachfolger von Hans Joachim Lange als Direktor des Ersten Fernsehprogramms geworden war, bereits Mitte 1971 durch Scholl-Latours Abwanderung zum ZDF endete⁵⁶, nutzte man beim WDR die Chance, beide Fernsehdirektionen ab 1. Januar 1972 zusammenzulegen und die Gesamtleitung Werner Höfer zu übertragen. Im Hörfunk kam es mit Blick auf eine effektivere Organisation in dieser Zeit zu permanenten Umstrukturierungen, die dort in die ab 1976 eingeleitete so genannte große Organisationsstrukturreform mündeten.⁵⁷ Dem entgegen wirkte eine ebenfalls Anfang der 1970er Jahre einsetzende erhebliche Zahl von juristischen Klagen freier Mitarbeiter auf Festanstellung. Die WDR-Leitung, die aus prinzipiellen Erwägungen heraus sehr restriktiv agierte, verlor die große Mehrzahl der Prozesse und musste bis Mitte des Jahrzehnts mehrere hundert freie Mitarbeiter unbefristet einstellen.⁵⁸ In der

120 Minuten), gelegentlich auch Bundestagsdebatten. Die offizielle Einführung eines vierten Hörfunkprogramms als Vollprogramm des WDR fand allerdings erst 1984 statt. 1991 folgte WDR 5 als Nordrhein-Westfalen-Welle. Vgl. WDR (Hrsg.), Jahrbücher des Intendanten, (später: Geschäftsberichte), Köln 1960 ff. und Westdeutscher Rundfunk Köln (Hrsg.), Warum hast Du so große Ohren? Warum hast Du so große Augen? Geschichte und Geschichten: Der Westdeutsche Rundfunk Köln, Broschüre, Köln 1997.

54 So verwies der WDR in seinem Geschäftsbericht von 1970 (S. 10) stolz drauf, dass Infratest-Untersuchungen zufolge im Durchschnitt das »Mittagsmagazin« 2,5 Mio., das Morgenmagazin sogar 3 Mio. tägliche Hörer habe. Von Bismarck hatte die Einführung des Magazins unterstützt. Vgl. Dieter Thoma, Salto rückwärts und andere Geschichten aus meinem Leben, Bergisch Gladbach 1997, S. 279.

55 Der neue Hörfunkdirektor (ab 1974) Manfred Jenke modernisierte in diesem Zusammenhang die Haushaltsplanung durch die Einführung der so genannten »Mittelbewirtschaftung«. Interview mit Wolfgang Seifert, 28.09.1999.

56 Scholl-Latour wurde Sonderkorrespondent des ZDF. Vgl. zu diesem für die WDR-Leitung pikanten Vorgang Frankfurter Rundschau, 21.08.1971 und epd/KuF, Nr. 31, 21.08.1971, S. 6 f. Zur Zusammenlegung der Fernsehdirektionen vgl. auch WDR-Information, Nr. 222/71, 14.07.1971.

57 Ab 1976 begann man im WDR damit, die vier Programmbereiche Politik, Kultur, Musik sowie Spiel und Unterhaltung zu bilden. Vgl. WDR-Information, Nr. 100/76, 30.08.1976. Zu der Bedeutung der Finanzfrage bei diesen Reformbestrebungen vgl. Frankfurter Rundschau, 29.05.1972

58 Vgl. epd/KuR, Nr. 6, 01.02.1975, S. 5. Einer internen »Übersicht über die freien Mitarbeiter in verdeckten Arbeitsverhältnissen« [in: WDR Historisches Archiv (HA), Altaktenarchiv (AA): Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 01.06.1973–31.05.1975] zufolge waren Ende 1974 über 300 Festanstellungsklagen anhängig, von denen viele bereits – gegen den WDR – entschieden waren.

Folge gab es viel internes Kopfzerbrechen, wie der »Großbetrieb« WDR am besten zu organisieren sei.⁵⁹

Die Expansion des WDR weckte auch politische Hoffnungen und Begehrlichkeiten. Als Klaus von Bismarck in seiner Antrittsrede 1961 Interesse am Ausbau von Regionalsendungen bekundet hatte, hatte dies westfälischen Bestrebungen nach größerer rundfunkpolitischer Selbstständigkeit neuen Auftrieb gegeben, die sich durch die Einführung des Dritten Fernsehprogramms noch steigerten. Nun war von Bismarck herausgefordert, die Position des WDR als einziges landesweites Medium von Bedeutung (es gibt keine landesweite Zeitung) im erst 1946 von den Besatzungsmächten geschaffenen »Bindestrichland« Nordrhein-Westfalen⁶⁰ verantwortungsbewusst zu formulieren. Er tat dies, indem er sich einerseits öffentlich für spezielle regionale Sendereihen einsetzte. Und mit dem Ausbau des Dortmunder Studios und der Einführung des »Westfalenecho« 1965 (ab 1975 »Echo West«) versuchte der WDR dann auch tatsächlich, dem regionalen Anliegen der Westfalen besser zu entsprechen. Andererseits warnte von Bismarck aber vor einem drohenden »Provinzialismus« im Programm und bestand darauf, dass die Programmentscheidungen grundsätzlich in Köln blieben.⁶¹ Die Auseinandersetzung hatte eine pikante Note, da der damalige Vorsitzende des Verwaltungsrats und nordrhein-westfälische Innenminister, Josef Hermann Dufhues (CDU), zu den entschiedensten Fürsprechern der erwähnten westfälischen Bestrebungen gehörte.⁶²

2. ZWISCHEN ÜBERPARTEILICHEM ANSPRUCH UND PRAGMATISCHER POLITIK. EIN INTENDANT MARKIERT SEINEN WEG

Klaus von Bismarck wurde, wie erwähnt, im Dezember 1960 zum Intendanten des WDR gewählt. Seiner Wahl waren allerdings heftige interne Auseinandersetzungen vorausgegangen. So wurde der bis dato amtierende Intendant Hanns Hartmann zwar vom Verwaltungsrat des WDR knapp wiedergewählt, aber vom Rundfunkrat in zwei Wahlgängen nicht bestätigt. Dufhues warb daraufhin für den Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, Dieter Sattler, als neuen Intendanten. Doch Sattler verzichtete auf eine Kandidatur, da er angeblich keine Chance auf eine ausreichende Mehrheit in den Rundfunkgremien sah. Erst der als »Übergangsintendant« (Wolf Bierbach) gehandelte Klaus von Bismarck wurde auf Vorschlag des CDU-Mitglieds Dufhues ohne Gegenstimme gewählt.⁶³

Der somit in der Folge eines politischen Kompromisses ins Intendantenamt gelangte von Bismarck konnte zu dieser Zeit auf einen Lebensweg zurückblicken, auf dem er sich bereits wiederholt und erfolgreich als Vermittler betätigt hatte.⁶⁴ Diese, von ihm meist bewusst wahrgenommene Funktion resultierte aus seiner grundlegenden politischen Umorientierung nach 1945. Der ehemals hoch dekorierte Wehrmachtsoffizier, der trotz seiner zunehmenden zeitgenössischen Kritik an den Zielen des Zweiten Weltkriegs nie in

59 Vgl. epd/KuR, Nr. 60, 23.08.1975, S. 2 f.

60 Vgl. Dagmar Biegler/Birgit Frey/Ralf Kleinfeld, Nordrhein-Westfalen, in: Jürgen Hartmann (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bundesländer, 3., erw. und aktual. Ausgabe, Bonn 1997, S. 383–432.

61 Zitiert nach: Leo Flamm, Westfalen und der Westdeutsche Rundfunk. Eine rundfunkhistorische Studie zur Regionalisierung, Köln etc. 1993, S. 241.

62 Interview mit Claus Werner Koch, 05.10.1999.

63 Von Bismarck wurde am 17. Dezember 1960 vom WDR-Verwaltungsrat einstimmig gewählt. Der Rundfunkrat bestätigte diese Wahl vier Tage später mit 19 von 21 Stimmen bei zwei Enthaltungen, ohne dass dessen Mitglieder den neuen Intendanten persönlich kannten. Vgl. Seeling, S. 559 f.

64 Vgl. Bismarck, Aufbruch und Schmid, »Ich fühlte mich...«.

den offenen Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime gefunden hatte, verspürte nach eigenem Bekunden eine politische Mitverantwortung für die »im deutschen Namen« begangenen Verbrechen.⁶⁵ Als Mitbegründer und Leiter der international beachteten Begegnungsstätte »Jugendhof Vlotho« (1946 bis 1949) sowie des Sozialamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen in »Haus Villigst« bei Schwerte an der Ruhr (1949 bis 1961) versuchte er, sich nun aktiv am Aufbau eines demokratischen Deutschlands zu beteiligen.⁶⁶ »Vlotho« wurde für ihn insofern zu einer prägenden Erfahrung, als er dort im Umgang mit Sozialisten, Kommunisten, Katholiken und vor allem im Austausch mit internationalen Gästen, Respekt vor Andersdenkenden gewann und sich politische Toleranz im Sinne eines »we agree to differ« zu Eigen machte.

Als Sozialamtsleiter gelang es ihm, wichtige Impulse für eine »Humanisierung der Arbeitswelt« im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes zu geben, indem er Direktoren und Arbeiter über ungelöste innerbetriebliche Probleme miteinander ins Gespräch brachte und so zu Kompromissen in Fragen beitrug, die über die tarifrechtlichen Auseinandersetzungen hinausgingen. Das erfolgreiche Tun, das als »Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen« zusammen mit der Katholischen Kirche betrieben auch ökumenische Akzente setzen konnte, strahlte bald auf andere Regionen und Industriezweige aus.⁶⁷

Außerdem setzte sich der Protestant von Bismarck in seiner Villigster Zeit mit Vehemenz für eine Erneuerung der Kirche ein. Christen sollten seiner Meinung zufolge den Rückzug in ein kirchliches Getto vermeiden und stattdessen stärker als »Sauerteig zwischen den »Anderen«« wirken, um so besser ihren notwendigen Dienst in der zunehmend säkularen Welt verrichten zu können. Solche Bestrebungen führte er in den 1960er Jahren unter anderem als Mitglied des Zentralausschusses des Weltkirchenrates fort.⁶⁸

Die Einblicke, die Klaus von Bismarck vor seinem Amtsantritt als Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR) in die Medienwelt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bekam, waren begrenzt. Sie beschränkten sich im Wesentlichen auf die Tätigkeiten eines freien Mitarbeiters, der für verschiedene Rundfunkanstalten Sendungen über die industrielle Arbeitswelt, die christliche Sozialethik und die Ökumene verfasste.⁶⁹ Außerdem war er von 1953 bis 1955 Mitglied im Verwaltungsrat des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR). Dieses Amt nahm er erkennbar als (parteipolitisch) Unabhängiger wahr.⁷⁰ Er unterstützte eine Rundfunkpolitik, die eine möglichst saubere Trennung zwischen Nachricht, Information und Kommentar anstrebte. Hierin eiferte er seinen erklärten Vorbildern Hugh Carlton Greene und Adolf Grimme nach.⁷¹

65 Vgl. *Josef Schmid*, »Wir haben auf einer Insel des Selbstbetruges gelebt«. Klaus von Bismarcks Weg vom Dienst in der Wehrmacht zur Eröffnung der »Wehrmachtsausstellung« 1995 in Hamburg, in: *Jennifer Wasmuth* (Hrsg.), *Zwischen Fremd- und Feindbildern. Interdisziplinäre Beiträge zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*, Münster etc. 2000, S. 33–49.

66 Vgl. *Klaus-Peter Lorenz*, *Der Beitrag der politischen Jugendbildung zur Überwindung antidemokratischer Traditionen in den Nachkriegsjahren. Eine Untersuchung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit in Ländern der britischen Zone mit dem Schwerpunkt Jugendhof Vlotho und ihrer Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus für den Zeitraum 1945–1949*, Diss. Kassel 1987.

67 Vgl. *Marlies Hennig*, *Die Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau (GSA). Eine Untersuchung zur christlichen Mitverantwortung im Bergbau*, Diss. Bochum 1995.

68 Vgl. *Schmid*, »Ich fühlte mich...«, Kapitel IV.

69 Manfred Jenke, der 1974 Hörfunkdirektor des WDR wurde, begegnete von Bismarck 1957 im Rahmen eines solchen Sendeauftritts zum ersten Mal. Dabei, so Jenke, habe ihn von Bismarck unter anderem durch seine rhetorischen Fähigkeiten beeindruckt. Interview mit Manfred Jenke, 22.09.1999. Vgl. auch *WDRprint special*, Juli 1997, S. 7.

70 Vgl. *Josef Schmid*, *Ein »Geschenk« wird zerpfückt. Zur Teilung des NWDR in WDR und NDR 1953 bis 1955*, Manuskript Hamburg 1998.

71 Vgl. *Die Zeit*, 06.03.1992.

Mit diesem Selbstverständnis trat von Bismarck sein Intendantenamt an und formulierte im Rahmen der erwähnten Begrüßung seiner Mitarbeiter am 13. April 1961 ein ausgeprägt überparteiliches Amtsverständnis als gemeinsame Leitlinie zukünftigen Handelns.⁷² Nach eigenem Bekunden beabsichtigte er von Anfang an, das Profil der Kölner Sendeanstalt mitzuprägen. Grundsätzlich wollte er die Möglichkeiten des Rundfunks zu nutzen versuchen, um das seiner Meinung nach noch defizitäre demokratische Bewusstsein der Bevölkerung in der Bundesrepublik zu verbreitern. Von »entscheidender Wichtigkeit«, so von Bismarck, sei es deshalb, »das Machtinstrument des Hörfunks und des Fernsehens politisch verantwortlich« zu bedienen und »treuhänderisch« zu verwalten. Der stets drohenden einseitigen Instrumentalisierung durch politische oder weltanschauliche Interessengruppen gedachte er energisch entgegenzutreten und – auch wenn man damit anecke – »fruchtbare Zeitkritik« zu ermöglichen. Solche könne jedoch nur gelingen, »wenn die leitenden Mitarbeiter des Rundfunks selbst und seine Aufsichtsgremien zutiefst von demokratischem Geist durchdrungen sind«. Von Bismarck ermutigte Mitarbeiter aller Couleur und aus allen Tätigkeitsbereichen, sich in diesem Geist zu engagieren. Im Blick müsse man dabei stets haben, dass es die Aufgabe des Rundfunks sei, »unterschiedlichen Einzelmenschen und -gruppen« gerecht zu werden.

Nach der Wahl vom Dezember 1960 hatte der WDR zunächst allerdings für mehrere Monate ohne Intendant auskommen müssen, da Hartmann nicht mehr und von Bismarck noch nicht zur Verfügung gestanden hatte. Bis von Bismarck sein Amt im April 1961 antrat, führte deshalb der Justiziar und Finanzdirektor des WDR (1957–1970), Hans Brack, kommissarisch die Amtsgeschäfte. Brack nutzte diese Chance, um seine eigene Machtposition auszubauen. Ab 1961 wurde er zusätzlich Verwaltungsdirektor des WDR und wenig später Hauptgeschäftsführer des »Westdeutschen Werbefernsehens« (bis 1974). Dieser in der Rundfunkgeschichte beispiellose Vorgang mündete in ein offenkundig spannungsreiches Miteinander des politisch ebenfalls sehr ambitionierten Intendanten von Bismarck und seines Mitarbeiters Brack.⁷³ In der Wahrnehmung seiner Mitarbeiter versuchte von Bismarck, dem latenten Konflikt durch eine pragmatische Arbeitsteilung entgegenzuwirken.⁷⁴ Denn Brack war ein Mitarbeiter, auf dessen Erfahrung und rundfunkpolitisches Engagement von Bismarck nach eigenem Bekunden nicht verzichten wollte.⁷⁵ Diese Handhabung stärkte die Position Bracks allerdings in einer Art und Weise, dass unter den Intendantenkollegen der ARD der Spruch kursierte: »Fragen wir zuerst Bismarck, oder gehen wir gleich zu Brack?«⁷⁶ Die Auseinandersetzung eskalierte dann doch, als Brack Ende der 1960er Jahre als ein »Geschäftsführer der Gremien« eine übergeordnete Kontrollinstanz im WDR schaffen und einnehmen wollte. Intendant von Bismarck erhob erfolgreich Einspruch, und 1971 wurde der »loyale« (Johannes Rau) Friedrich-Wilhelm Freiherr von Sell Bracks Nachfolger als Verwaltungsdirektor, und Günter Hermann übernahm im gleichen Jahr das Amt des Justiziars beim WDR.⁷⁷

Insgesamt legte von Bismarck großen Wert auf ein vielfältiges und qualitativ anspruchsvolles Programm. Sein besonderes Interesse galt der Kultur und der Politik. Der

72 Abgedruckt in: Westdeutscher Rundfunk, Jahrbuch 1960–61, Köln o.D., S. 10–12. Die folgenden Zitate sind dieser Quelle entnommen.

73 Vgl. *Bausch*, S. 797.

74 Die »pragmatische« Arbeitsteilung zwischen von Bismarck und Brack beruhte allerdings auch darauf, dass sich der Intendant im Gegensatz zu seinem Verwaltungsdirektor und Justiziar sehr ungern Aufgaben wie dem Aktenstudium widmete. Interviews mit Eleonore Fuhr, 07.10.1999, und Helmut Drück, 01.09.1999.

75 Vgl. *Bismarck*, Aufbruch, S. 271 f.

76 So Manfred Jenke (Interview, 22.09.1999).

77 Interview mit Johannes Rau, 04.02.2000. Vgl. WDR, Geschäftsbericht 1971, Köln 1972, S. 11 f.

WDR richtete unter seiner Leitung in Zusammenarbeit mit anderen Rundfunkanstalten Sendereihen wie den »Weltspiegel« ein und entwickelte die erwähnten Magazinsendungen im Radio, die von anderen ARD-Anstalten übernommen wurden.⁷⁸ Mit zahlreichen Initiativen und Stellungnahmen versuchte Klaus von Bismarck »die Chance und die Freude«, die ihm nach eigener Einschätzung sein Intendantenamt bot, zu nutzen, um »im partnerschaftlichen Dialog mit Mitarbeitern ohne Rücksicht auf die Hierarchie Einfluss auf das Programm zu nehmen«.⁷⁹ Immer wieder lud er Mitarbeiter und Fachleute zu speziellen Tagungen ein, um mit ihnen in aller Ruhe über grundlegende Themen wie »Zukunftsperspektiven des Rundfunks«, den aktuellen »Programmauftrag« oder den »Umgang mit Menschen im Fernsehen« zu diskutieren. Außerdem nutzte er auch die Möglichkeiten der Medien – vorwiegend des Hörfunks – direkt, um seine Vorstellungen von einer verantwortungsbewussten Programmgestaltung darzulegen. Durch sein großes und oft unkonventionelles Engagement trug er der Meinung vieler damaliger Mitarbeiter zufolge wesentlich zu einem experimentierfreudigen Klima im WDR der 1960er Jahre bei.⁸⁰ Allerdings versuchte er vergeblich, der in dieser Zeit zunehmenden Auseinanderentwicklung von Fernsehen und Hörfunk durch Bildung übergreifender Redaktionen entgegenzuwirken.⁸¹

Befördert durch seine Erfahrungen in der internationalen Ökumene⁸², setzte sich Klaus von Bismarck von Anfang an für eine intensivere rundfunkpolitische Beschäftigung mit Fragen ein, die Entwicklungsländer betrafen. Er verwies in seinen Bestrebungen auch auf das WDR-Gesetz von 1954, das die Sendeanstalt dazu verpflichtete, die »internationale Verständigung« zu fördern.⁸³ So engagierte sich Intendant von Bismarck nicht

78 Auch bei Hörspielproduktionen nahm der WDR bald eine führende Position ein. Zusammen mit dem Saarländischen Rundfunk förderte und prägte er das sogenannte »Neue Hörspiel«. Rein quantitativ wurde der WDR ebenfalls tonangebend. So wies er zum Beispiel im zweiten Halbjahr 1973 fünfmal mehr Hörspielursendungen als der NDR in seinen Programmen auf. Vgl. epd/KuR, Nr. 26, 18.07.1973, S. 6 f.

79 Zitiert nach: Schmid, »Ich fühlte mich...«, Kapitel V. Gemäß seiner medienpädagogischen Orientierung unterstützte von Bismarck Anfang der 1960er Jahre aufkeimende Bestrebungen im WDR, das zuvor vernachlässigte Thema »Hörer- und Zuschauerforschung« auf die Tagesordnung zu setzen. Ab Herbst 1961 beauftragte der WDR das Münchener Meinungsforschungsinstitut »infratest« mit derartigen Studien. Dies war allerdings nur ein erster Schritt in die von ihren Befürwortern anvisierte Richtung. Klaus von Bismarck ging es vor allem um einen »Dialog« mit dem Publikum. Deshalb zeigte er sich in der Folgezeit besonders aufgeschlossen gegenüber Initiativen, die über die ergriffenen Maßnahmen hinausgingen und beispielsweise Hörer für eine aktive Beteiligung am Programm zu gewinnen suchten. In diesem Kontext entwickelten WDR-Mitarbeiter Sendungen wie »Funkhaus Wallrafplatz« und »Hallo Ü-Wagen«, die großen Zuspruch fanden. Zudem gab es beim WDR in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Versuche, »qualitative« Publikumsforschung zu betreiben. Sie blieben jedoch mehrheitlich Episode. Vgl. WDR, Chronik, S. 3, und Hansjörg Bessler, Hörer- und Zuschauerforschung, München 1980, S. 9 ff.

80 Vgl. Heinz-Bernd Heller/Peter Zimmermann (Hrsg.), Blicke in die Welt. Reportagen und Magazine des nordwestdeutschen Fernsehens in den 50er und 60er Jahren, Konstanz 1995, S. 137. Die für die vorliegende Studie befragten ehemaligen WDR-Mitarbeiter unterstützten diese Sicht eindeutig.

81 Interview mit Günther Windschild, 21.07.1999.

82 Von Bismarck versuchte auch, seine ökumenischen Erfahrungen und Vorstellungen im WDR-Kirchenfunk zu verbreiten. Zusammen mit dem Katholiken und Leiter der Kulturabteilung im WDR Hörfunk, Walter Dirks, startete der Protestant Bismarck z.B. eine ökumenische Sendereihe, mit der sie die in der Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 bis 1965) aufkeimenden Hoffnungen auf eine Annäherung der beiden christlichen Konfessionen und die Rufe nach einer Erneuerung der Kirchen unterstützen wollten. Vgl. die Dokumentation der Beiträge in: Klaus von Bismarck/Walter Dirks (Hrsg.), Neue Grenzen. Ökumenisches Christentum morgen, 2 Bde., Stuttgart etc. 1966.

83 Vgl. Renate Wilke, Umfang und Informationswert der Auslandsberichterstattung, in: Jörg Aufermann/Wilfried Scharf/Otto Schlie (Hrsg.), Fernsehen und Hörfunk für die Demokratie. Ein

nur für die Gastarbeiter, sondern bald sehr für die 1961 von der ARD gegründete »Kommission für Entwicklungsländer«. ⁸⁴ Ihr erklärtes Ziel war es, Möglichkeiten auszuloten, wie die westdeutschen Rundfunkanstalten Entwicklungsländer durch Personal- und Materialhilfe unterstützen könnten. In zahlreichen Vorträgen, Hörfunk- und sonstigen Beiträgen versuchte von Bismarck über die Jahre hinweg, in diesem Sinn für mehr entwicklungspolitisches Engagement zu werben. Zudem forderte er stets eine Berichterstattung, die bestehende Vorurteile abbauen und die differenzierte Situation in den Entwicklungsländern vermitteln helfen sollte. Denn er sah den Rundfunk hier in einer besonderen Verantwortung, Aufklärungsarbeit zu leisten. ⁸⁵ Wie leidenschaftlich sein Engagement für Entwicklungsländer war, zeigte sich später auch darin, dass er seine Mitarbeiter aufrief, ein Jahr lang Themen der »Dritten Welt« in alle Programmbeiträge einzubeziehen, in denen es möglich schien. ⁸⁶ Seine Einstellung und die daraus resultierenden Handlungen wurden aber nicht immer und nicht von allen Mitarbeitern gleichermaßen geteilt oder auch nur gutgeheißen: »Wer mal schnell eine Audienz beim Chef haben will,« so lästerten WDR-Mitarbeiter auch über von Bismarcks Engagement, »der malt sich am besten vorher schwarz an.« ⁸⁷

3. »ZWISCHEN ALLEN STÜHLEN«. ZUNEHMENDE KRITIK AM WDR UND SEINEM INTENDANTEN

Anfang der 1960er Jahre registrierten Demoskopien ein allgemein stark ansteigendes Interesse der Bevölkerung an politischen Fragen und ein Klima wachsender Reformbereitschaft. Intensiv und kontrovers erörtert, rückten Fragen in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, welche sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands und ihren Folgen beschäftigten. Es mehrten sich publizistische Beiträge, in denen ein bis dato unzulänglicher Umgang mit diesen Fragen beklagt wurde. ⁸⁸ Der WDR und sein Intendant gerieten dabei durch Sendungen, die die jüngere deutsche Vergangenheit in diesem Sinn kritisch hinterfragten, schon früh in Konflikt mit führenden Politikern der damals noch CDU-geführten Regierungen in NRW und auf Bundesebene sowie mit

Handbuch über den Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1979, S. 316–333. Als ein persönliches Anliegen apostrophierte es Intendant von Bismarck deshalb auch, spezielle Programme für Gastarbeiter im Hörfunk und Fernsehen zu entwickeln und zu fördern. Durch die Konzentration industrieller Anlagen in NRW hatten sich frühzeitig zahlreiche Gastarbeiter im Sendegebiet des WDR angesiedelt, und Rundfunkmitarbeiter wie von Bismarck sahen sich deshalb in besonderer Verantwortung, über entsprechende Programme nachzudenken. Ab Dezember 1961 begann der WDR damit, täglich vierzig Minuten dauernde Sendungen auf Italienisch anzubieten. Bald folgten spanische und türkische Programmbeiträge, die Mitte der 1970er Jahre um serbokroatische ergänzt wurden. Mit zeitlicher Verzögerung übernahmen andere ARD-Anstalten diese Sonderprogramme oder produzierten selbst welche. Vgl. Schmid, »Ich fühlte mich...«, Kapitel V.

84 So wurde er bald deren Vorsitzender (1962–1975) und einer ihrer größten Unterstützer. Vgl. Bausch, S. 600. Die praktische Wahrnehmung dieses Amtes und weiterer Entwicklungshilfetätigkeiten oblag dem eigens dafür vom WDR-Intendanten eingestellten Referenten. Interview mit Helmut Drück, 01.09.1999.

85 Vgl. auch epd/KuR, Nr. 42, 22.06.1974, S. 10.

86 So die frühere WDR-Mitarbeiterin Carola Stern im Kölner Stadtanzeiger, 06.03.1987.

87 So erinnerte sich Ruth-Alice von Bismarck (Interview, 27. 06.1997) sinngemäß an den Spruch, der unter WDR-Mitarbeitern die Runde machte.

88 Vgl. Axel Schildt, Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders. u.a., Dynamische Zeiten, S. 21–53, hier: S. 36 f.

Teilen der Öffentlichkeit.⁸⁹ In Kooperation mit dem Süddeutschen Rundfunk (SDR) hatte der WDR bereits Ende der 1950er Jahre begonnen, die Sendereihe »Das Dritte Reich« zu produzieren und ab 1960 in der ARD auszustrahlen. Die journalistische Leitung lag überwiegend beim WDR-Mitarbeiter Gerd Ruge. Vor allem die erstmalige Verwendung großer Mengen authentischen Filmmaterials und eine zu dieser Zeit noch ungewohnt kritische Herangehensweise ließen die Sendereihe zu einem (rundfunk-)politischen Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit werden. Sie fand im Ausland bald große Anerkennung.⁹⁰

Gemäß seines beschriebenen Selbstverständnisses versuchte Intendant von Bismarck in solchen Konflikten eine sachliche Diskussion zu befördern, indem er darauf achtete, unterschiedliche Meinungen pointiert zu Wort kommen zu lassen.⁹¹ In der zunehmenden Polarisierung der politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit geriet der Intendant mit seinen Bemühungen jedoch mehr und mehr zwischen die Fronten. Deutlich wurde dies beispielsweise in seiner vermittelnden Haltung im Disput um die Sendung »Heia Safari«, die der WDR im Oktober 1966 in zwei Teilen in der ARD ausstrahlte. Der Beitrag setzte sich kritisch mit der deutschen Beteiligung am Vernichtungskrieg gegenüber den Hereros, einem südwestafrikanischen Volk, auseinander.⁹² Der Film wurde beim Publikum überwiegend positiv aufgenommen, rief aber bei Afrika-Veteranen und in konservativen Kreisen heftigen Widerspruch hervor.⁹³ Um keinen Zweifel an der Überparteilichkeit der Rundfunkanstalt aufkommen zu lassen, plädierte von Bismarck daraufhin für eine ergänzende Diskussionssendung mit den Kritikern. Dadurch löste er wiederum eine kontroverse interne Diskussion im WDR über angemessenes Verhalten bei solcher Kritik aus.⁹⁴

Irritationen und zum Teil heftige interne Kritik rief Intendant von Bismarck wenige Monate später durch seine Reaktion auf eine Sendung über den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Karl Fürst zu Löwenstein, hervor. Am 24. Januar strahlte der WDR in seinem zweiten Hörfunkprogramm in der Reihe »Aktuelles aus der Christenheit« einen Beitrag seines Kirchenfunkleiters Leo Waltermann aus, in welchem die Vergangenheit des Fürsten zu Löwenstein anlässlich seiner Berufung in den von Papst Paul VI. neu geschaffenen Weltlaienrat kritisch beleuchtet wurde. Waltermann warf ihm vor, im Jahre 1933 aktiv an der politischen Gleichschaltung eines großen katholischen Verbandes mitgewirkt und im Jahre 1937 in einem Brief an das Auswärtige Amt antisemitische Äußerungen zur Diskreditierung eines Emigranten getätigt zu haben.⁹⁵ Als Intendant von Bismarck von dieser Sendung Kenntnis erlangte, suspendierte er Waltermann sofort, sogar ohne vorher mit dem Betroffenen Rücksprache zu halten, da er erhebliche Kritik vom Beschuldigten und aus seinem Umfeld zum Schaden des WDR erwartete. Diese beispiellose Handlungsweise von Bismarcks ist allerdings auch vor dem Hintergrund des erwähnten eigenen Engagements in der Ökumene und einer persönlichen Bekanntschaft mit Fürst zu Löwenstein zu interpretieren: Der Inten-

89 Vgl. insb. die Schriftwechsel des Intendanten von Bismarck mit seinen Kritikern in: WDR HA, AA: Intendant-Korrespondenz A-Z bis 1964.

90 Vgl. *Christoph Classen*, Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965, Köln etc. 1999.

91 Vgl. *Schmid*, »Ich fühlte mich ...«, Kapitel V.

92 Verantwortlich für den Beitrag waren die als politisch »eher links« eingestuften Ralph Giordano, Claus-Ferdinand Siegfried und Dieter Gütt. So *Helmut Drück*, in: WDRprint special, Juli 1997, S. 7.

93 Vgl. *Neue Bildpost*, 26.02.1967.

94 Vgl. *Drück* (WDRprint), S. 7.

95 Vgl. *Karl Rahner*, Kritisches Wort. Aktuelle Probleme in Kirche und Welt, Freiburg 1970, S. 53 ff.

dant hatte erwartet, im Hinblick auf eine auch für ihn selbst sehr brisante Thematik vor Ausstrahlung der Sendung über deren Inhalt informiert zu werden.⁹⁶

In der Folge kam tatsächlich die erwartete heftige öffentliche Kritik an diesem Beitrag des WDR, der Intendant musste jedoch nach einer Überprüfung der Fakten seinem Redakteur zugestehen, sachlich korrekt recherchiert zu haben.⁹⁷ Schon Anfang Februar wurde Waltermann wieder in sein Amt eingesetzt, und von Bismarck teilte später Fürst zu Löwenstein und dem katholischen Zentralkomitee mit, dass er lediglich noch »Art und Ton der Angriffe« Waltermanns bedauere.⁹⁸ Man einigte sich, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Doch sie hatte zwischenzeitlich in der Bundesrepublik generell sehr hohe Wellen geschlagen und sogar im Ausland Aufmerksamkeit erregt. Es wurde dabei extern wie intern auch Kritik am restriktiven Verhalten von Bismarcks gegenüber seinem Redakteur geübt. Von prominenten Freunden wurde von Bismarck darauf hingewiesen, dass Fürst zu Löwenstein zuvor in seinen Angriffen gegen Rolf Hochhuths dokumentarisches Bühnenstück »Der Stellvertreter« selbst nicht sehr zimperlich gewesen sei.⁹⁹ Johannes Rau, Mitglied des Rundfunkrats und wenig später des Verwaltungsrats, hielt ihm in einer Gremiensitzung des WDR im Februar 1967 beispielsweise vor, den Konflikt vorschnell in die Öffentlichkeit getragen zu haben. Die Amtsenthebung Waltermanns sei in einem Fall, in dem die Fakten stimmen, nicht zu verstehen.¹⁰⁰

Deutlich anders gelagert waren die Auseinandersetzungen um die bundesdeutsche Ostpolitik, in die Intendant von Bismarck und sein WDR aktiv eingriffen. Zu den wichtigsten Aspekten eines in den 1960er Jahren verstärkten internationalen Engagements des WDR zählte die Intensivierung der Kontakte und des Informationsaustausches mit den Staaten des so genannten »Ostblocks«. Dies betraf anfangs vor allem die Beziehungen zu Polen. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges hatte zunächst eine weit gehende »Beziehungslosigkeit« zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen geherrscht.¹⁰¹ Entscheidendes Hindernis für eine Annäherung war auf beiden Seiten die Frage nach der Gültigkeit der 1945 entstandenen Oder-Neiße-Grenze gewesen.¹⁰² Auf Regierungsebene dauerte dieser Zustand noch an, als Anfang der 1960er Jahre auf deutscher Seite erstmals ein breiteres Interesse für eine Verständigung mit Polen erkennbar wurde. Vertreter der bundesdeutschen Wirtschaft nahmen im Dezember 1960 mit ökonomischen Begründungen inoffizielle Kontakte zu Polen auf.¹⁰³ Vor allem aber Initiativen aus den Kirchen gaben Anfang der 1960er Jahre wichtige Impulse für eine (ost-)politische Umorientierung in der Bundesrepublik.¹⁰⁴ Die evangelische Seite setzte mit dem so genann-

96 Interview mit Ruth-Alice von Bismarck, 22.06.2000.

97 Vgl. die Sammlung öffentlicher Stellungnahmen des WDR, Presseartikel und interner Briefwechsel in: WDR HA Sign. 06592 und 06591.

98 Brief von Bismarck an Fürst zu Löwenstein, 02.11.1967, WDR HA Sign. 06591.

99 Zur Auseinandersetzung um Rolf Hochhuths »Stellvertreter« vgl. *Erwin Gatz*, Deutschland. Alte Bundesrepublik, in: *ders.* (Hrsg.), Kirche und Katholizismus seit 1945, Bd. 1, Mittel- West- und Nordeuropa, Paderborn etc. 1998, S. 53–131, hier: S. 99; *Detlef Siegfried*, Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: *Schildt u.a.*, Dynamische Zeiten, S. 77–113, hier: S. 95 f.

100 Vgl. Niederschrift über die 90. Sitzung des Rundfunkrats des WDR am 01.02.1967 in Köln, in: WDR Rundfunkrat-Archiv.

101 Vgl. *Gotthold Rhode*, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1945 bis in die achtziger Jahre, in: *Apuz* 38, 1988, B 11-12, S. 3–20, hier: S. 12 f.

102 Vgl. *Hans Georg Lehmann*, Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979.

103 Vgl. *Jörg K. Hoensch*, Der Normalisierungsprozess zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Hintergründe und Belastungen, in: *Apuz* 40, 1990, B12-13, S. 39–51, hier: S. 43.

104 Vgl. *Jürgen Moltmann/Martin Stöhr* (Hrsg.), Begegnungen mit Polen. Evangelische Kirchen und die Herausforderung durch Geschichte und Politik, München 1974.

ten »Tübinger Memorandum« vom November 1961 das erste Aufsehen erregende Zeichen.¹⁰⁵ Die acht prominenten Verfasser, zu denen auch der WDR-Intendant Klaus von Bismarck gehörte, monierten darin einen Realitätsverlust der Bundesregierung und der politischen Parteien, die sich nur scheuen würden, harte Entscheidungen zu treffen und dem Volk die Wahrheit über die als Folge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Tatsachen zu sagen. Sie verbanden ihre Kritik mit der Empfehlung, eine der Normalisierung dienende Ostpolitik unter Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu betreiben.¹⁰⁶ Solche Bestrebungen mündeten 1965 in die viel beachtete Vertriebenenedenkschrift der EKD.¹⁰⁷

Sie waren durchweg heftig umstritten und polarisierten die dazugehörige Debatte in der Bundesrepublik erheblich. Da Intendant von Bismarck hier deutlicher als in anderen Auseinandersetzungen für eine Seite Partei ergriff, stand er früh im Zentrum öffentlicher Kritik, wohingegen er in nicht öffentlichen Gesprächen mit prominenten Vertretern der CDU wiederholt ein hohes Maß an Verständnis für seine Haltung oder sogar Zustimmung signalisiert bekam¹⁰⁸, was ihn in seiner Haltung bestätigte. Es mehrten sich dann aber auch die Stimmen, die öffentlich ihre Unterstützung für eine Neuorientierung bekundeten. So gab es ab Mitte der 1960er Jahre in der Katholischen Kirche ebenfalls mehrere Initiativen, die für eine größere Verständigungsbereitschaft zwischen Deutschen und Polen warben.¹⁰⁹ Von solchem Engagement im vorparlamentarischen Raum profitierten vor allem die Sozialdemokraten unter Führung von Willy Brandt, die sich bald immer offensiver für eine veränderte bundesdeutsche Ostpolitik einsetzten.¹¹⁰

Der WDR wurde unter seinem Intendanten Klaus von Bismarck früh zu einem entschiedenen Förderer deutsch-polnischer Kontakte. Schon bald nach dessen Amtsantritt forcierte die Kölner Sendeanstalt ihre Kooperation mit dem bis dato federführenden NDR¹¹¹, um eine stete und qualifizierte Hörfunk-Korrespondenz aus Polen zu unterstützen. Darüber hinaus ergriff der WDR kulturpolitische Initiativen, indem er beispielsweise zunächst den wechselseitigen Besuch der Symphonie-Orchester und Auftritte dieser Orchester in gemischten Besetzungen anregte und unterstützte. Dieser Austausch galt als politisch relativ unkompliziert, da auch die polnische Regierung solche Musik als ideologisch neutral bewertete. Als der WDR dem zu dieser Zeit international noch

105 Vgl. *Martin Greschat*, »Mehr Wahrheit in der Politik!« Das Tübinger Memorandum von 1961, in: *VfZ* 48, 2000, 3, S. 491–513.

106 Vgl. den Wortlaut des Memorandums in: *Günther Kneipp* (Hrsg.), *Es geht ums Leben. Der Kampf gegen die Bombe 1945–1965. Eine Dokumentation*, Hamburg 1965, S. 167 ff.

107 Vgl. dazu insgesamt *Thomas E. Heck*, *EKD und Entspannung. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Bedeutung für die Neuformulierung der Ost- und Deutschlandpolitik bis 1969*, Frankfurt/Main 1996.

108 Vgl. *Greschat*, S. 506, und *Süddeutsche Zeitung*, 19.03.1962.

109 Vgl. *Hoensch*, S. 44.

110 Vgl. *Hans-Adolf Jacobsen u.a.* (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland und Polen. Bilanz der Beziehungen. Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung*, Frankfurt/Main etc. 1979; *Annäherungen. Deutsche und Polen 1945–1995. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 7. März bis 5. Mai 1996, hrsg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1996.

111 Mit der Liquidation des NWDR waren auch die Zuständigkeiten für die regionale Berichterstattung zwischen NDR und WDR aufgeteilt worden. Dem NDR war dabei die Berichterstattung aus den Ländern im Einflussbereich der Sowjetunion auferlegt worden, während es dem WDR oblag, aus den Ländern der westlichen Hemisphäre zu informieren. In den 1960er Jahren wurde diese Aufteilung vor allem durch die Aktivitäten des WDR in den östlichen Staaten bewusst in Frage gestellt, und der WDR übernahm in mehreren Ländern dieser Region (Polen, Sowjetunion) zumindest zeitweilig die Federführung in der Berichterstattung. Vgl. *Bismarck*, *Aufbruch*, S. 266.

wenig bekannten polnischen Komponisten Krzysztof Penderecki einen Kompositionsauftrag für die Lukas-Passion erteilte, verhalf die Sendeanstalt dem polnischen Künstler zu einem ersten großen internationalen Erfolg und dem kulturpolitischen Austausch zu einem ersten Höhepunkt: Das Werk errang hohe Wertschätzung in der internationalen Musikfachwelt. Und seine Uraufführung in Münster 1966 wurde in der Öffentlichkeit nicht nur als ein Ereignis von hohem musikalischen Rang, sondern auch der deutsch-polnischen Beziehungen gewertet.¹¹²

Wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen vor allem mit führenden Repräsentanten der CDU – unter ihnen Heinrich Windelen, der 1969 Bundesvertriebenenminister wurde – und der Vertriebenenverbände kam es dagegen von Anfang an durch diejenigen Beiträge des WDR, die sich mit Blick auf Polen direkt politischen Fragen widmeten. Dies geschah in vielfältiger Art und Weise. Bereits 1962/3 brachte die Sendeanstalt in ihrer Rundfunkreihe »Lebendige Vergangenheit« zum Beispiel 16 halbstündige Sendungen über die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Außerdem waren Fragen dieses Verhältnisses Gegenstand von zahlreichen Kommentaren und sonstigen Beiträgen des WDR. Dabei versuchten engagierte Journalisten wie Peter Bender und später Hansjakob Stehle, den Bundesbürgern auch ein Bild von der aktuellen (politischen) Befindlichkeit der Polen zu vermitteln. Solche Beiträge, die pointiert die polnische Perspektive auf umstrittene Fragen zwischen der Bundesrepublik und Polen mitferierten, ernteten besonders den erwähnten heftigen politischen Widerspruch. Intendant von Bismarck ließ sich aber davon offenkundig nicht beirren, sondern stützte die kritische Berichterstattung und die so engagierten Journalisten des WDR immer wieder auch öffentlich.¹¹³ Der Kölner Intendant machte sich bereits vor dem »Machtwechsel« in Bonn durch eine von SPD und FDP gestützte Bundesregierung 1969, die dann konkrete Schritte zur Umsetzung ihrer diesbezüglichen Ziele unternahm, zu einem öffentlichen Fürsprecher der »sozialdemokratischen Ostpolitik«. Eine erste Würdigung seines Engagements erhielt er, indem ihn der damalige Bundeskanzler Willy Brandt zur Unterzeichnung der deutsch-polnischen Verträge im Dezember 1970 als offizielles Delegationsmitglied mit nach Warschau nahm.¹¹⁴

Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre weitete der WDR seine Berichterstattung über Länder des »Ostblocks« weiter aus. Spezielle Sendungen im Hörfunk und zunehmend auch im Fernsehen über Länder dieser Region wurden ins Programm aufgenommen.¹¹⁵ Nach erfolgreichen Kontaktaufnahmen mit Polen und Rumänien gelangen entsprechende Vorhaben in der Sowjetunion, in der journalistisches Arbeiten damals unter extrem hohem Zensurdruck stand.¹¹⁶ Sichtbarste Zeichen dieses Engagements waren die Studios in Warschau und Moskau, die in dieser Zeit unter Federführung der Kölner Sendeanstalt von der ARD eingerichtet wurden.¹¹⁷ Der seit 1963 für den WDR tätige Fritz Pleitgen wechselte 1970 als Fernsehkorrespondent der ARD nach Moskau und erwarb sich dort große fachliche Anerkennung als »Reporter des Kalten Krieges«.¹¹⁸ Der WDR setzte dabei vor allem seine vergleichsweise große ökonomische Potenz ein, um

112 Vgl. Fritz Brühl, Funkhaus Wallrafplatz. Der Hörfunk zwischen Gefährdung und Renaissance, in: Först, Aus Köln in die Welt, S. 407 ff.; Schmid, »Ich fühlte mich...«, Kapitel V und VII.

113 Vgl. ebd. und Interview mit Peter Bender, 23.11.1999.

114 Vgl. Helene Thiesen, Zeichen der Versöhnung. Das deutsch-polnische Verhältnis im Spiegel politischer Begegnungen, in: Annäherungen, S. 110–117.

115 Z.B. die Sendereihe »Polen heute«. Vgl. epd/KuR, Nr. 53, 03.08.1974, S. 19 f.

116 Deswegen sei die Berichterstattung aus Moskau von den westdeutschen Rundfunkanstalten zu dieser Zeit »schon beinahe aufgegeben worden«. Interview mit Fritz Pleitgen, 30.09.1999.

117 Vgl. Wolf Bierbach, Klaus von Bismarck (1912–1997), in: RuG 23, 1997, 2–3, S. 138 f.

118 So die Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit« (in der Beilage »Zeit-Magazin« zur Ausgabe vom 13.02.1993, S. 3).

seine Vorstellungen vom Beitrag des Rundfunks für »internationale Verständigung« mit Blick auf den Osten zu realisieren.¹¹⁹

Klaus von Bismarck war sich nach eigenem Bekunden 1970 zwar bewusst gewesen, dass viele in der Bundesrepublik seine ostpolitischen Ansichten nicht teilten, aber er hatte sich größeren Zuspruch erhofft. Er zeigte sich besonders vom Ausmaß des in der Folgezeit eskalierenden politischen Widerstands der CDU/CSU gegen den Warschauer Vertrag bzw. die Ostverträge insgesamt überrascht.¹²⁰ Da er aber bis zu seinem Ausscheiden aus dem Intendantenamt im beschriebenen Sinn an der Unterstützung der sozialdemokratischen Ostpolitik festhielt, bot er deren Kritikern ein willkommenes Ziel für ihre Angriffe gegen den »linkslastigen« WDR.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gesellte sich zu den erwähnten eine weit reichende innenpolitische Herausforderung des WDR: Die mit dem Kürzel »68er« verbundenen Proteste, deren Träger überwiegend Studenten waren.¹²¹ Vor allem die leitenden Gremien und Organe mussten in diesem Zusammenhang wiederholt ihre Position auch gegenüber Forderungen formulieren, die die bisherige Politik und Hierarchie der Sendeanstalt grundsätzlich in Frage stellten. In der Reaktion auf diese Herausforderung kam von Bismarcks später oft als liberal charakterisiertes Amtsverständnis deutlich zum Ausdruck.¹²² Im Studentenprotest erkannte er ein auch kreatives Unruhepotenzial, das es eigentlich zu fördern gelte. »Radikale Kritik«, so markierte er in einem Interview mit dem »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt« 1969 seine Position, »finde ich grundsätzlich nicht schlecht, auch wenn ich sie selbst nicht immer oder gar nicht teile. Sie kann erfrischend und belebend wirken«. Bedenklich werde es nur, so schränkte von Bismarck ein, »wenn die Toleranz gegenüber Andersdenkenden ganz verblasst« und der Protest zum reinen Selbstzweck verkomme. Insgesamt forderte er, wie auch im Umgang mit dem zu dieser Zeit ebenfalls erstarkenden Rechtsradikalismus, eine differenzierte Sicht, um die Substanz der damit verbundenen Kritik erkennbar zu machen.¹²³ Bereits zuvor hatte von Bismarck in einer »hausinternen Diskussionsgrundlage« seine Mitarbeiter beim WDR aufgefordert, zur Versachlichung der immer aufgeregter werdenden politischen Debatten beizutragen.¹²⁴ In der Folgezeit widmete der WDR der jungen Generation spezielle Sendungen und nahm sich brisanter Themen an. Die Haltung des Intendanten, so interne Beobachter später, habe wesentlich dazu beigetragen, dass der WDR sich den mit den »68ern« verbundenen Diskussionen öffnete.¹²⁵

Als dann vom Studentenprotest bewegte Mitarbeiter mehr Mitbestimmung im WDR forderten, untermauerte Intendant von Bismarck sein grundsätzliches Verständnis für deren Anliegen zunächst mit demonstrativen Handlungen. Am 21. April 1969 begrüßte er beispielsweise durch eine persönliche Ansprache auf einer Zusammenkunft der WDR-Redakteure deren Initiative, nach dem Vorbild der Entwicklung in Verlags- und Zeitungsredaktionen eine Redakteursversammlung zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten in der Sendeanstalt zu bilden. In der Folge gingen vom WDR die ersten

119 Vgl. *Bismarck*, Aufbruch, S. 266.

120 Vgl. *Józef-Janusz Weç*, Die Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland 1949–1987, in: *Apuz* 38, 1988, B 11–12, S. 21–33; *Schmid*, »Ich fühlte mich...«, Kapitel V und VII.

121 Zur weit reichenden Bedeutung dieser Proteste für die Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik vgl. *Martin Broszat* (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990; *Christoph Kleßmann*, *Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988.

122 Vgl. *FAZ*, 04.04.1977 und *WDRprint special*, Juli 1997, S. 7.

123 *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 01.06.1969.

124 Vgl. *Schmid*, »Ich fühlte mich ...«, Kapitel V.

125 Vgl. *Bierbach*, *Bismarck*, S. 139.

wichtigen Impulse für das nun auch im Rundfunk bald bundesweit diskutierte so genannte »Redakteursstatut« aus, welches verbesserte Mitentscheidungsmöglichkeiten in Programm- und Personalfragen in den Rundfunkanstalten institutionalisieren sollte.¹²⁶

Doch die Befürworter des unter Mitarbeitern mehrheitlich bejahten¹²⁷ »Redakteursstatuts« konnten sich zunächst nicht durchsetzen. Von Bismarck zeigte sich nach einer Prüfung der Vorschläge seiner Redakteure für ein solches Statut nicht bereit, die vom WDR-Gesetz festgelegte letztgültige Verantwortung des Intendanten für das Programm der Rundfunkanstalt auch nur anzutasten.¹²⁸ Zudem wollte er keine Ausnahmeregelung für eine einzelne Gruppe zulassen, da er ansonsten eine Zersplitterung der Mitarbeiter-schaft befürchtete, »die das Personalvertretungsgesetz vermeiden wollte.«¹²⁹ Mit Zustimmung der leitenden Gremien und Organe suchte er nach anderen Lösungen, um den Mitbestimmungswünschen der Redakteure entgegen zu kommen.¹³⁰

Viele WDR-Redakteure zeigten sich über das als »Bremsen« empfundene Verhalten Klaus von Bismarcks enttäuscht. Und sie erinnerten ihn 1972 daran, dass er ihr Begehren anfangs deutlich unterstützt hatte.¹³¹ Sein als patriarchalisch empfundener Führungsstil erregte immer mehr das Missfallen von Mitarbeitern. So kritisierte beispielsweise WDR-Mitarbeiter Alexander von Cube, Intendant von Bismarck regiere die Sendeanstalt »wie ein hinterpommersches Dorfpostamt«.¹³² Gleichzeitig rief seine Haltung in dieser Auseinandersetzung in den Aufsichtsgremien zunehmenden Widerspruch hervorrief, da sie ihm »Taktiererei« unterstellten.¹³³ Auch externe Beobachter irritierte es sichtlich, dass von Bismarck nun mit einer oft nicht schlüssig oder gar widersprüchlich erscheinenden Argumentation dazu beitrug, dass der WDR nicht mehr zu den »treibenden Kräften« innerhalb der ARD in Richtung einer institutionalisierten Mitbestimmung (»Redakteursstatut«) gehörte.¹³⁴

In der Folge verhärteten sich die Fronten im WDR zusehends. Die mehr Mitbestimmung fordernden Redakteure führten 1972 penibel Buch über die »konkreten Eingriffe der Vorgesetzten in die Arbeit der Redaktion« und versuchten, gegen die so begründete »Zensur« zu mobilisieren.¹³⁵ Auf der anderen Seite mehrten sich – auch WDR-intern – die Klagen über politisch »einseitige« WDR-Beiträge. Obwohl er intern wiederholt Anweisung gab, solchen Tendenzen entgegen zu wirken¹³⁶, gelang es von Bismarck in die-

126 Vgl. epd/KuR, Nr. 45, 13.12.1972, S. 4 f.

127 Es gab auch ablehnende Äußerungen. Interview mit Rolf Buttler, 06.10.1999.

128 Vgl. WDR-Information, Nr. 248/70, 21.09.1970.

129 Schreiben von Bismarck an den Verwaltungsratsvorsitzenden Wilhelm Lenz, 20.01.1972, WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973.

130 Im Verwaltungsrat und Rundfunkrat gab es jeweils mehrheitlich Bedenken, den Wünschen der Redakteursversammlung nach direkter Kommunikation zu entsprechen. Diese Gruppe sollte nicht aufgewertet werden. Gleichwohl suchten die Gremien nach Alternativen, um die Kommunikation mit Mitarbeitern generell zu verbessern. Vgl. die dazugehörigen Gesprächsnotizen in: WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinz Kühn, 02.02.1972–04.12.1973 und Interview mit Hilde Junker-Seeliger, 29.11.1999.

131 Vgl. epd/KuR, Nr. 45, 13.12.1972, S. 4 f.

132 Zitiert nach: Stuttgarter Zeitung, 24.05.1997. Die Kritik am Intendanten habe, so der damalige Hörfunkredakteur Dohmen, zuweilen beleidigende Formen angenommen. Interview mit Ludwig Dohmen, 22.07.1999.

133 Vgl. Die Zeit, 07.08.1970.

134 So beschrieb die »epd« von Bismarcks Haltung 1973 als »über die Jahre hinweg unklar«. Epd/KuR, Nr. 4, 31.01.1973, S. 3 f.

135 Zitiert nach: Epd/KuR, Nr. 28, 02.08.1972, S. 5 f.

136 Der Intendant z. B. forderte seine Mitarbeiter wiederholt auf, politische keine einseitigen, etwa antikapitalistischen, Beiträge dominieren zu lassen. Vgl. die diversen Schreiben von Bismarcks

ser polarisierten Situation zusehends weniger, sich mit seinen meist einzelne Aspekte abwägenden Stellungnahmen zur Mitbestimmungsfrage nach außen verständlich zu machen.¹³⁷ Um aus dieser für ihn schwierigen Situation herauszukommen, beauftragte von Bismarck 1972 die vier prominenten Redakteure Peter Laudan, Carola Stern, Theo M. Loch und Ludwig Dohmen, eine Neuordnung der Programmverantwortung im Rundfunk zu entwerfen. Im inzwischen personell stark angewachsenen WDR erschien es ihm ohnehin zunehmend notwendig, Verantwortung zu delegieren. Gleichzeitig versuchte er dem gesetzlich vorgeschriebenen Ziel, Mitarbeiter in die Verpflichtung für das Gemeinwohl einzubinden, Rechnung zu tragen. Aus dieser Initiative ging die viel beachtete Ordnung hervor, der zufolge künftig für jede einzelne Sendung ein »verantwortlicher Redakteur« bestimmt werden musste.¹³⁸ Die Umsetzung dieser Bestimmung erwies sich jedoch vor allem im Hörfunk als sehr schwierig, da dort der Personalbestand für einen umfassenden Einsatz eines »verantwortlichen Redakteurs« sehr dünn war.¹³⁹ Zudem war die Kontrolle gerade bei den neu eingeführten Magazinsendungen auf Grund ihres Live-Charakters selbst nach Meinung der Befürworter dieser Regelung kaum zu leisten.¹⁴⁰

Am 15. Juni 1973 erließ der WDR dann die so genannte »Beteiligungsordnung«. Sie bot begrenzte Mitspracherechte neben den Möglichkeiten an, die der Personalrat bot, und hatte einen erkennbaren Bezug zum »Redakteursstatut«.¹⁴¹ Doch da der NDR im gleichen Jahr bereits einen Schritt weiter ging und ein »Redakteursstatut« einführte¹⁴², fühlte sich der Redaktionsausschuss des WDR offenkundig ermutigt, ein solches Statut erneut auch für die Kölner Sendeanstalt zu fordern. Von Bismarck widersetzte sich bis zu seinem Ausscheiden 1976 jedoch diesen Forderungen und verwies, ungeachtet öffentlicher Sympathiekundgebungen einzelner sozialdemokratischer Mitglieder des Verwaltungsrats für das Anliegen der Redakteure¹⁴³, im grundsätzlichen Einvernehmen mit diesem Gremium darauf, dass die »Beteiligungsordnung« bereits eine »optimale Lösung« sei.¹⁴⁴ Er kritisierte in der Folgezeit vielmehr, dass die gebotenen Mitbestimmungsmöglichkeiten im WDR oft gar nicht ausgeschöpft würden. So unterstützte er die Bemühungen des Personalrats, in den Gremien einen ständigen Sitz (ohne Stimmrecht) zu erhalten.¹⁴⁵ Der Verwaltungsrat genehmigte nach anfänglichem Zögern 1973, zwei Vertreter

an den Hörfunkdirektor in: WDR HA, AA: Intendanz-Hörfunk-Korrespondenz mit dem Hörfunkdirektor Dr. Fritz Brühl, 01.01.1971 bis 31.03.1974.

137 Vgl. epd/KuR, Nr. 5, 02.02.1973, S. 3 f., und Nr. 38, 10.10.1973, S. 3.

138 Vgl. epd/KuR Nr. 28, 02.08.1972, S. 1 f.

139 Die Regelung wurde nach Aussagen von Beteiligten vor allem dann ein Problem, wenn sie »rigide« und »formalistisch« gehandhabt wurde. Interviews mit Wolfgang Seifert, 28.09.1999; Walter Vitt, 29.07.1999.

140 Interviews mit Michael Franzke, 28.07.1999; Dieter Thoma, 25.07.1999.

141 Vgl. *Heinz-Dietrich Fischer u.a., Rundfunk-Intendanten – Kommunikatoren oder Manager? Rechtsstellung, Selbstverständnis und publizistischer Status*, Bochum 1979, S. 238 ff.

142 Ebd., S. 147 ff.

143 Vor allem Johannes Rau sympathisierte offen mit der Einrichtung eines Redakteursstatuts. Vgl. Notiz über das Gespräch des Intendanten mit Herrn Rau am 14.03.1973 in Düsseldorf, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinz Kühn, 02.02.1972–04.12.1973.

144 Es gab nach Inkrafttreten der Beteiligungsordnung am 15. Juni 1973 weitere Überlegungen in der WDR-Leitung, Mitspracherechte der Mitarbeiter zu verbessern. Mitbestimmungswünsche bei programmrelevanten Fragen, Personalentscheidungen und der Haushaltsführung wurden aber mit Verweis auf die dafür fehlenden Rechtsgrundlagen nicht anerkannt. Grundsätzlich einig war man sich in dieser Position auch mit denjenigen SPD-Vertretern im Verwaltungsrat, die zuvor öffentliches Verständnis für die Anliegen der Redakteure geäußert hatten. Vgl. Bericht über Mitbestimmungsmodelle, interne Notiz des Intendanten, September 1973, Anlage an das Schreiben von Bismarcks an Ministerpräsident Heinz Kühn, 02.10.1973, in: ebd.

145 Interview mit Carola Stern, 03.09.1999.

des Personalrats zu seinen Sitzungen zuzulassen.¹⁴⁶ Der Rundfunkrat tat sich mit einer solchen Zustimmung wesentlich schwerer und gestattete dies erst 1977.¹⁴⁷

Parallel dazu bot die Kölner Sendeanstalt in Zusammenhang des mit den »68ern« verbundenen Protests mehrmals eine Angriffsfläche durch solche Programmbeiträge, in denen gesellschaftliche Minderheiten zu Wort kamen. Einzelne Hörfunk- und Fernsehbeiträge des WDR waren in dieser Zeit generell zunehmender politischer Polarisierung besonders heftig umstritten und wurden zu einer Art »Nagelprobe« für den Intendanten von Bismarck und sein liberales Amtsverständnis. Sendereihen wie »Monitor« im Fernsehen und das »Kritische Tagebuch« im Hörfunk provozierten dabei, wie schon in den Jahren zuvor das vom NDR produzierte »Panorama«, durch so genannten investigativen und bewusst parteiergreifenden Journalismus.¹⁴⁸ In der Folge ließ von Bismarck wiederholt die auch in den WDR-Gremien beanstandeten Sendereihen grundsätzlich prüfen.¹⁴⁹ Er griff in der Regel aber nur dann direkt ein, wenn Programmbeiträge gegen geltendes Recht zu verstoßen drohten¹⁵⁰, und er entschuldigte sich auch schon mal öffentlich für Kommentare, die ihm in der Wortwahl selbst eine »Entgleisung« zu sein schienen.¹⁵¹

Im Laufe solcher Auseinandersetzungen um politisch heikle Beiträge kam es zu einem Konflikt, in dem er aus politischen Erwägungen heraus bewusst gegen seine eigenen

146 Zuvor mussten die Direktoren und der Personalrat während der Zeit der Verwaltungsratssitzungen auf Abruf bereit stehen. Vgl. den Briefwechsel von Bismarck-Lenz vom Dezember 1971/Januar 1972 und die Notiz des Intendanten über das Gespräch mit Herrn Dr. Lenz am 12.01.1973, alle in: WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973.

147 Vgl. WDR, Chronik, S. 12 und Interview mit Hilde Junker-Seeliger, 29.11.1999.

148 Vgl. *Hans-Joachim Hoffmann*, Journalismus und Kontrolle. Eine Studie zum Konflikt um die politischen Fernsehmagazine der ARD: Panorama, Report Baden-Baden, Report München, Monitor, Kontraste, München 1990. Vor allem die Monitor-Sendung vom 14. September 1970 unter dem Titel »Tupamaros West-Berlin – Interview mit einem Bombenleger« erregte nachhaltig die Gemüter. In der Staatskanzlei Düsseldorf wurde dazu ein spezieller Vorgang angelegt, da die Sendung unter dem Gesichtspunkt der Rechtsaufsicht erörtert wurde. Vgl. das Schreiben von Bismarcks an Ministerpräsident Heinz Kühn, 16.06.1972 (inklusive Anlagen), WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinz Kühn, 02.02.1972–04.12.1973.

149 Nach wiederholter Kritik am »Kritischen Tagebuch« beauftragte der Intendant 1972 den Programmbeirat und 1974 den ansonsten nur mit Fernsehaufgaben betrauten Fernsehbeobachterkreis, diese Sendereihe einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Vgl. das Schreiben von Bismarcks an die Vorsitzenden von Verwaltungs- und Rundfunkrat, 08.02.1972, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973, und das Schreiben von Bismarcks an den stellvertretenden Rundfunkratsvorsitzenden Peter Giesen, 23.04.1975, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 01.06.1973–31.05.1975.

150 Am 13. November 1973 setzte von Bismarck beispielsweise mit dieser Begründung eine Hörfunksendung von Erdmute Beha und Henryk M. Broder über den Verleger Franz Burda ab. Vgl. epd/KuR, Nr. 42, 14.11.1973, S. 4.

151 So entschuldigte sich Klaus von Bismarck in einem Schreiben vom 28. Januar 1972 an den Kölner Erzbischof Kardinal Höffner und den Osnabrücker Bischof Wittler für einen Hörfunkbeitrag zum Konflikt um das Thema »Abtreibung«. Der darin abgegebene Kommentar des WDR-Mitarbeiters Wolfgang Korruhn sei, so von Bismarck, in der »schnoddrigen Tonart [verfasst gewesen], in der sich viele junge Leute heute gefallen« und stelle insgesamt eine »Entgleisung« dar. Höffner hatte zuvor im Namen der nordrhein-westfälischen Bischöfe gegen die diesbezügliche Sendung der Reihe »Das kritische Tagebuch« beim Verwaltungsrat des WDR und bei NRW-Politikern protestiert, da der Beitrag seiner Meinung nach die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung verletzt hätte. Zitiert nach: *Herbert Janssen*, Intendant Bismarck und die Bischöfe, in: Funk-Korrespondenz 20, 1972, 9, S. 7 f.

Prinzipien handelte.¹⁵² So setzte er kurzerhand eine nach eigener damaliger Einschätzung »gut recherchierte« Sendung des WDR ab, die die Beteiligung von Bundespräsident Heinrich Lübke am Bau von Konzentrationslagern angeprangert hatte. Dies führte zu heftigem Widerspruch bei den Redakteuren.¹⁵³ Später wurde bekannt, dass die Vorwürfe gegen den Bundespräsidenten auch auf gefälschten Dokumenten beruht hatten. Die DDR-Staatsführung hatte solche Dokumente im Rahmen ihrer Bemühungen, führende westdeutsche Politiker als ehemalige Nationalsozialisten zu denunzieren, westdeutschen Medien zugespielt, um Lübke als »KZ-Baumeister« zu brandmarken.¹⁵⁴ Doch von Bismarck räumte rückblickend ein, dass seine Entscheidung, die Ausstrahlung der besagten WDR-Sendung zu verbieten, ohnehin auf einer grundsätzlichen Überlegung basiert hatte: »Es war meine persönliche Auffassung«, so begründete er seine damalige Entscheidung später, »dass ein Staatsoberhaupt nicht wie alle anderen Politiker und Personen in öffentlichen Ämtern jeder öffentlichen Kritik ausgesetzt sein darf. Mir ging es in diesem Fall auch um den Schutz und die Würde dieser Institution im Interesse der Gesamtgesellschaft.«¹⁵⁵

In einer anderen mit Lübke und seiner »NS-Vergangenheit« zusammenhängenden Kontroverse um einen WDR-Beitrag kam von Bismarcks Verständnis von einem überparteilichen Rundfunk jedoch wieder zum Tragen. Die CDU-geführte Bundesregierung kritisierte, dass der bekannte Journalist Henri Nannen zum von Werner Höfer moderierten »Frühschoppen« im März 1968 eingeladen wurde, da Nannen den Bundespräsidenten in »beleidigend« scharfer Form angegriffen hätte. Der WDR-Verwaltungsratsvorsitzende Dufhues distanzierte sich daraufhin von der Einladung Nannens.¹⁵⁶ Von Bismarck zeigte sich zwar »nicht glücklich« über die Beteiligung Nannens und kritisierte dessen Umgang mit dem Bundespräsidenten, verteidigte aber die Einladung. Es sei dies eine Grundsatzfrage, so äußerte sich der WDR-Intendant gegenüber der Presseagentur »dpa«, ob ein Journalist von der Mitwirkung im Programm eines öffentlich-rechtlichen Senders ferngehalten werden soll, sofern er eine abweichende Meinung in gutem Glauben vertrete und für einen ernst zu nehmenden Teil der Bevölkerung spreche.¹⁵⁷ Als die Sendung mit Nannen vorüber war, wies von Bismarck außerdem darauf hin, dass der Moderator Werner Höfer sich erfolgreich um eine Versachlichung der Diskussion bemüht habe.¹⁵⁸

Und er setzte sich auch in der Folgezeit im Sinne seines Plädoyers für Toleranz gegenüber Andersdenkenden dafür ein, dass im WDR eine möglichst große Bandbreite der Meinungen vertreten war und im Zusammenspiel mit dem Einsatz für Minderheiten Mut zum Experiment geübt wurde. Unter anderem ließ er sich davon überzeugen, dass der bereits vor seiner Ausstrahlung umstrittene Film »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Gesellschaft, in der er lebt« von Rosa von Praunheim ins Programm des öffentlich-rechtlichen Fernsehens gehöre.¹⁵⁹ Als der Film am 15. Januar 1973 als Beitrag

152 Vgl. *Bismarck*, Aufbruch, S. 291 ff.

153 Vgl. ebd.

154 Vgl. *Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands* (Hrsg.), Aufstieg und Fall des Heinrich Lübke. Die Geschichte einer Karriere, Berlin (Ost) 1969; *Falco Werkentin*, Die Reichweite politischer Justiz in der Ära Ulbricht, in: *Bundesminister der Justiz* (Hrsg.), Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED, Leipzig 1994, S. 179–196, insb. S. 188 ff.; *Rudolf Morsey*, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn etc. 1996, insb. S. 511 ff.

155 *Bismarck*, Aufbruch, S. 294.

156 Vgl. den Bericht der »dpa«, 02.03.1968.

157 Vgl. *Drück*, Erinnerung, S. 357.

158 Vgl. den Bericht der »dpa«, 03.03.1968.

159 Noch einen Tag vor der Sendung protestierte Kardinal Höffner gegen den Film. Die katholische Nachrichtenagentur »KNA« bezog kurz darauf unter der Überschrift »Skandal im Ersten

des WDR in der ARD gezeigt wurde, blendete sich der Bayerische Rundfunk aus dem Gemeinschaftsprogramm aus.¹⁶⁰ Außerdem legte die Katholische Kirche bei den maßgeblichen WDR-Gremien und Organen sowie bei führenden Politikern in NRW energischen Protest gegen diesen WDR-Beitrag ein.¹⁶¹

CDU und Katholische Kirche konzentrierten ihre Kritik wiederholt auf jene Hörfunk- und Fernsehsendungen des WDR, in denen konservative bzw. katholische Vorstellungen von Sexualmoral angegriffen oder Sympathie mit einer Liberalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bekundet wurde.¹⁶² Die von Mitarbeiterinnen des WDR (u.a. Carola Stern und Brigitte Granzow) erhobenen Forderungen nach beruflicher Gleichberechtigung von Frauen stießen sogar parteiübergreifend auf zum Teil offen geäußerte Vorbehalte.¹⁶³ Dessen ungeachtet trug von Bismarck später dazu bei, dass der WDR »Vorreiter der Frauenförderung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seinen Programmen« wurde.¹⁶⁴

Als sich der Intendant in der Folge zudem noch wiederholt öffentlich vor Mitarbeiter stellte, obwohl jene sich in bestimmten Auseinandersetzungen auch seiner Meinung nach falsch verhalten oder nicht akzeptable Beiträge erarbeitet hatten, spitzte sich Beteiligten zufolge besonders der Konflikt zwischen ihm und dem Verwaltungsrat zu.¹⁶⁵ Von Bismarck ließ sich dabei von keiner Seite vereinnahmen, was auf immer mehr Unmut stieß. So merkte auch ein sozialdemokratisches Verwaltungsratsmitglied – NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn – anlässlich der WDR-Intendantenwahl 1970 an, von Bismarck sei für ihn »die beste aller schlechten Lösungen«.¹⁶⁶ Und da Mitarbeiter inzwischen mit in der Presse lancierten Vorwürfen über sein angeblich »fehlendes Rückgrat« nicht sparten, wurde deutlich, dass er sich spätestens zu Beginn der 1970er Jahre, wie die Hamburger »ZEIT« einen Beitrag über den WDR-Intendanten titelte, »zwischen alle Stühle« gesetzt hatte.¹⁶⁷

Kanal« Stellung gegen den Praunheim-Film. Vgl. epd/KuF, Nr. 3, 20.01.1973, S.15. Zu den Bedenken, die von Bismarck gegen solche Beiträge zuvor selbst hatte, vgl. Stellungnahme des Intendanten unter dem unmittelbaren Eindruck der Sendung »Obszönität als Gesellschaftskritik«, o.D. [12.11.1970], WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973.

160 Vgl. Bausch, S. 597.

161 Vgl. epd/KuR, Nr. 3, 20.01.1973, S. 15.

162 Von Bismarck ergriff hier regelmäßig Partei für seine Mitarbeiter. Er verteidigte z.B. 1971 drei Mitarbeiterinnen, die sich in einem Artikel des »Stern« (Nr. 24/1971) selbst des Schwangerschaftsabbruchs bezichtigt hatten, gegen Vorwürfe von Gremienmitgliedern. 1973 wurde die Verletzung von § 4 des WDR-Gesetzes von katholischer Seite und CDU-Gremienmitgliedern durch die Sendung »Am Anfang war die Eros-Angst oder: Die nicht selten unmoralischen Wege der katholischen Moraltheologie« vom 27. Februar 1973 im Dritten Hörfunkprogramm des WDR moniert, was der Intendant bestritt. Und das CDU-Mitglied Lenz fragte in der Direktorensitzung im September 1973, warum »man der Darstellung von krankhaften Zuständen (siehe Homosexuelle, Lesbierinnen usw.) einen solchen Raum« im Programm gebe. 1974 wurde schließlich die Sexualaufklärung für Kinder im WDR-Hörfunk von der CDU kritisiert. Vgl. das Schreiben des Intendanten an Herrn Dr. Lenz, 27.08.1973, die undatierte Notiz von Bismarcks über das Gespräch mit Herrn Dr. Lenz am 03.09.1973 und das Schreiben des Intendanten an Wilhelm Lenz u.a., 09.12.1974, alle in: WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 01.06.1973–31.05.1975,

163 Interviews mit Carola Stern, 03.09.1999; Peter Coulmas, 27.07.1999.

164 So Hilde Junker-Seeliger (Interview, 29.11.1999).

165 Vgl. Heinz Kühn, Den Bindestrich kürzer gemacht, in: Först, Nach fünfundzwanzig Jahren, S. 40–53, hier: S. 52 und epd/KuR, Nr. 20, 08.06.1972, S. 8 f.

166 Zitiert nach: Bausch, S. 796 f.

167 Die Zeit, 07.08.1970.

4. DER WDR UND DIE »ROTFUNK«-KAMPAGNE

4.1 Der Aufgalopp zur Kampagne. Die Aktivitäten der Baader-Meinhof-Gruppe und der WDR

Die Situation verschärfte sich dadurch, dass der WDR im Konflikt um die so genannte »Baader-Meinhof-Gruppe« mit seiner Berichterstattung sowie durch einzelne Maßnahmen und das Verhalten einzelner Mitarbeiter verstärkt öffentliche Kritik auf sich zog.¹⁶⁸ Vor ihrem »Sprung in die Illegalität« im Mai 1970 hatte die freie Mitarbeiterin Ulrike Meinhof im WDR ihr umstrittenes Hörspiel »Bambule« senden dürfen.¹⁶⁹ Als sie sich jedoch an der gewaltsamen Aktion zur Befreiung Andreas Baaders beteiligte, bei der drei Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, war eine weitere Beschäftigung von ihr für die Verantwortlichen im WDR ausgeschlossen.¹⁷⁰ Ab Herbst 1971 eskalierte die öffentliche Auseinandersetzung um die Gruppe, da zunächst versehentlich eine Beteiligte von der Polizei und kurz darauf ein Polizist von Anhängern der Gruppe erschossen wurden.¹⁷¹ Ende 1971, Anfang 1972 kamen dann Gerüchte auf, WDR-Mitarbeiter hätten der Baader-Meinhof-Gruppe Unterstützung gewährt. Sie bestätigten sich, wenn überhaupt, dann nur als vergleichsweise harmlose Verwicklungen. Ein freier Mitarbeiter des WDR-Fernsehens hatte – nach eigenen Angaben ohne nähere Kenntnis der Person – im Dezember 1971 ein Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe in seiner Wohnung übernachten lassen.¹⁷²

Berührungen einzelner Redakteure mit dieser Gruppe hatten sich besonders durch die Beschäftigung von Ulrike Meinhof als freie Mitarbeiterin im WDR und so entstandene persönliche Kontakte zu ihr und ihrem Umfeld Ende der 1960er Jahre ergeben. Auch Intendant von Bismarck hatte sich in dieser Zeit mehrmals durch persönliche Gespräche mit ihr ein Bild von der Ernsthaftigkeit ihrer Beweggründe und den »tragischen« privaten Auswirkungen ihrer politischen Entscheidungen machen können.¹⁷³ Er begegnete ihr

168 Gestritten wurde damals bereits über die Bezeichnung, wobei sich von Bismarck dafür einsetzte, von »Baader-Meinhof-Gruppe« statt »-Bande« zu sprechen. Vgl. *Drück*, Erinnerung, S. 357.

169 *Aust*, S. 26.

170 Vgl. *Bismarck*, Aufbruch, S. 296.

171 Vgl. *Aust*, S. 187 ff.

172 Vgl. das Schreiben des Intendanten an Lenz, 09.12.1971 und Pressemeldung des WDR, 09.12.1971, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973. Von Bismarck wies in einem Brief an Innenminister Willi Weyer vom 26. Januar 1972 (in: ebd.) dagegen die Verdächtigung zurück, Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe seien in Büroräumen des WDR verborgen worden: »Unsere Bemühungen, konkrete Anhaltspunkte für diese Verdächtigungen zu finden, wurden von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit der vertraulichen Auskunft beantwortet, solche Unterstellungen seien durch die bisherigen Ermittlungsergebnisse nicht gedeckt.« Er versicherte aber, die Sache weiterhin zu verfolgen. 1975 kursierten dann öffentliche Gerüchte, gegen zahlreiche WDR-Mitarbeiter würden solche Ermittlungsverfahren laufen. Der Parlamentarische Staatssekretär Jürgen Schmude berichtete am 18. März 1975 auf Anfrage von Heinrich Windelen im Bundestag, dass gegen sieben feste oder freie Mitarbeiter des WDR – unter ihnen Ulrike Meinhof! – Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien, die zu diesem Zeitpunkt aber bereits mehrheitlich eingestellt oder mit einer Bestrafung (Geldstrafe) geahndet worden waren. Vgl. das Schreiben von Bismarcks an Willi Weyer, 19.03.1975, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Willi Weyer, 01.01.1964–15.12.1975 und epd/KuR, Nr. 20, 22.03.1975, S. 8 f.

173 *Bismarck*, Aufbruch, S. 296. Ein in der Nachbarschaft von Bismarcks in Köln lebender WDR-Redakteur war bis zum Abtauchen von Ulrike Meinhof in die Illegalität mit ihr befreundet gewesen und hatte Kontakte zwischen dem Intendanten und ihr vermittelt. Später gehörte er zu den Journalisten, die sich aus humanitären Erwägungen mit um die zurückgelassenen Töchter von Meinhof kümmerten. Vgl. auch *Katharina Sperber*, Untergründe einer Mutterbeziehung.

zwar nach 1970 nicht wieder, erhielt jedoch später einen direkten Eindruck von der »Hysterie« der Fahndungsaktivitäten, da er bei einer Durchsuchungsaktion im Rahmen der polizeilichen Rasterfahndung sehr rüde behandelt wurde.¹⁷⁴ Noch schwerer wog ein Vorgang, der seinen renommierten Redakteur Ulrich Gembardt betraf. Gembardts Tochter war der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt worden. Als ihr der Vater mit dem Anwalt Otto Schily zu juristischem Beistand in diesem Prozess verhalf, wurde gegen ihn eine »Hetzkampagne« initiiert, die unter den WDR-Mitarbeitern über alle politischen Differenzen hinweg Empörung auslöste.¹⁷⁵ Später verdichteten sich im WDR die Gerüchte, dass Gembardts weiterer beruflicher Aufstieg an diesem Akt väterlicher Fürsorge gescheitert sei.¹⁷⁶

Doch die CDU nahm die Vorfälle zum Anlass, die eingangs erwähnte »Rotfunk«-Kampagne zu starten. Gremienmitglieder der Partei verstärkten dabei den Druck auf die WDR-Leitung, sich sehr viel deutlicher von der Baader-Meinhof-Gruppe und ihren Aktivitäten abzugrenzen als zuvor. Der 1971 als Nachfolger von Dufhues zum Verwaltungsratsvorsitzenden gewählte Wilhelm Lenz, der zugleich CDU-Mitglied und NRW-Landtagspräsident war, nannte von Bismarck in einer internen Besprechung im August 1971 die Gründe. Einer zeitgenössischen Notiz des Intendanten zufolge legte Lenz dar, »dass es vor allem innerhalb der CDU und unter den traditionellen Christen eine erhebliche und zunehmende Unruhe um den ›roten‹ WDR gebe. Er behaupte nicht, dass alle diese Vorwürfe berechtigt seien, aber sie seien jedenfalls vorhanden. Man habe schon Herrn Dufhues in sehr scharfer Form innerhalb der CDU Vorwürfe gemacht, dass er sich innerhalb des WDR nicht durchsetzen könne. Diese kritische Frage richte sich jetzt an ihn.«¹⁷⁷ Zunächst artikulierten sich solche Vorwürfe in einer stark zunehmenden Zahl interner Anfragen von CDU-Gremienmitgliedern, die Teile der Verwaltung des WDR nach Angaben des Intendanten zeitweilig überlasteten.¹⁷⁸

Wenig später zog von Bismarcks Verhalten in diesem Zusammenhang selbst heftige öffentliche Kritik auf sich. Dem WDR-Redakteur Gerhard Reitschert wurde vorgeworfen, sich für die Baader-Meinhof-Gruppe eingesetzt zu haben, indem er ihnen Unterschlupf gewährt habe. Die bereits seit einiger Zeit laufenden Ermittlungen gegen Reitschert wurden durch belastende Aussagen eines Angeklagten verstärkt und erregten Anfang 1972 öffentliche Aufmerksamkeit.¹⁷⁹ Zwar beurlaubte der Intendant den Redakteur nach einem Gespräch am 28. Januar 1972 vorläufig, behielt sich aber weitere Schritte bis zu einer Klärung der Vorwürfe vor. Fristlos entlassen wollte von Bismarck den Hör-

Mit den Angriffen auf Joschka Fischer bearbeitet Bettina Röhl, die Tochter von Ulrike Meinhof, auch eigenes Erleben, in: Frankfurter Rundschau, 12.01.2001, S. 3.

174 Von Bismarck habe sich daraufhin persönlich beim Kölner Polizeipräsidenten beschwert. Interview mit Peter Laudan, 02.09.1999.

175 Ebd.

176 Interview mit Hans Friemond, 30.09.1999.

177 Undatierte Notiz über das Gespräch mit Herrn Dr. Lenz am 26.08.1971, WDR HA, AA: Intendantz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973.

178 Nur einzelne und ausschließlich der CDU angehörende Gremienmitglieder würden massenhaft Sendemanuskripte und Stellungnahmen anfordern. Mit diesen Aufgaben wären die Büros der Redaktionen zuweilen überlastet gewesen. Beschwerden beträfen dabei auch immer wieder vom NDR verantwortete Sendungen, deren Manuskripte erst von dort beschafft werden müssten. Vgl. das Schreiben von Bismarcks an Peter Giesen, 23.04.1975, WDR HA, AA: Intendantz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 01.06.1973–31.05.1975.

179 Vgl. das Schreiben des Intendanten an die Mitglieder des Verwaltungsrats, 20.01.1972, WDR HA, AA: Intendantz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973 und WDR-Information, Nr. 32/72, 10.01.1972.

funkredakteur zu diesem Zeitpunkt nicht, da er den Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung für unzutreffend hielt.¹⁸⁰

Die »entsprechenden Blätter«, so erinnerte sich von Bismarck später, machten vor dem Hintergrund weiterer Straftaten von Anhängern der Baader-Meinhof-Gruppe gegen den »roten WDR« mobil, und auch der Verwaltungsrat wirkte auf ihn ein, jetzt »einen Skalp zum Fenster herauszuhängen«.¹⁸¹ So fragte Windelen am 26. Mai 1972 schriftlich beim Intendanten an, ob er angesichts der aktuellen Bombenattentate, »die von den zuständigen Stellen fast durchweg mit Aktivitäten von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande in Verbindung gebracht werden, [...] die Weigerung des Redakteurs Reitschert, zur Aufklärung dieser Delikte beizutragen, länger hinnehmen« könne.¹⁸²

Im Sommer 1975 wurde das Verhalten des Intendanten zwar insofern bestätigt, als Reitschert vom Hauptvorwurf frei gesprochen und lediglich zu einer Geldstrafe wegen »Begünstigung« (§ 257 StGB) verurteilt wurde und von Bismarck ihn wieder in Dienst nehmen konnte, doch weder der Redakteur dankte ihm sein Verhalten¹⁸³, noch ließ die CDU trotz anders gerichteter Bekundungen einzelner Repräsentanten¹⁸⁴ von ihrer Kampagne ab, denn inzwischen hatten weitere Vorfälle im Zusammenhang mit »Baader-Meinhof« den Konflikt um den angeblichen »Rotfunk« angeheizt.

Schon im Juni 1972 war von Bismarck vor eine weitere Bewährungsprobe gestellt worden. Ein Telefoninterview mit dem in Österreich lebenden Psychologen Ernest Bornemann, das am 2. Juni im Morgenmagazin des WDR gesendet worden war, hatte intern wie extern Empörung ausgelöst. Der Psychologe und selbsterklärte »Marxist« hatte sich herablassend über die kurz zuvor erfolgte Festnahme von Andreas Baader geäußert und die Taten der als terroristisch eingestuften Vereinigung verharmlost.¹⁸⁵ Klaus von Bismarck gab noch am selben Tag eine sich von dem Interview distanzierende Erklärung ab und entschuldigte sich drei Tage später in einer Presseerklärung ausführlich für diese Sendung bei den Hörern, da dadurch auch nach seiner Meinung »der Eindruck entstehen konnte, als sollten die Leistungen der Ordnungskräfte in der Bundesrepublik Deutschland nachträglich diskreditiert und die verbrecherischen Aktivitäten irregeleiteter junger Menschen beschönigt werden.« Gleichzeitig verteidigte er die »Fehlleistung« aber als »journalistisch verständlich«.¹⁸⁶

Zwischen den beiden Erklärungen hatte ein Meinungsbildungsprozess in der WDR-Leitung stattgefunden, der den politischen Druck illustriert, unter dem die Verantwortlichen der Sendeanstalt standen. Die journalistische Panne spielte sich dabei vor dem Hintergrund ab, dass die aktuellen Sendungen des WDR immer mehr ausgeweitet worden waren, ohne dass der Stellenplan darauf genügend Rücksicht genommen hätte. So wurde auch das Morgenmagazin zum Teil von freien Mitarbeitern gestaltet, die arbeitsrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden konnten.¹⁸⁷ WDR-Redakteur

180 Vgl. epd/KuR, Nr. 5, 02.02.1972, S. 9. Von Bismarck teilte Zeitzeugen zufolge den im WDR verbreiteten Eindruck, Reitschert habe sich zwar aus humanitären Erwägungen »dumm« verhalten, aber sich keinerlei politische Verfehlungen vorzuwerfen. Interview mit Peter Laudan, 02.09.1999.

181 *Bismarck*, Aufbruch, S. 296 f.

182 In: WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinrich Windelen, 28.04.1971–28.02.1974.

183 Reitschert habe vom Intendanten erwartet, dass dieser ihn im Dienst belasse. Interview mit Peter Laudan, 02.09.1999.

184 Einer internen Gesprächsnotiz des Intendanten zufolge billigte z.B. Lenz die Entscheidung von Bismarcks im Fall Reitschert. Notiz, 04.09.1974, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 01.06.1973–31.05.1975.

185 Vgl. den dazugehörigen Bericht der »dpa«, 02.02.1972.

186 Epd/KuR, Nr. 20, 08.06.1972, S. 8 f.

187 Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 21.06.1972.

Michael Franzke hatte das besagte Interview mit Bornemann vorbereitet und eine noch unerfahrene freie Mitarbeiterin mit der Moderation der Sendung beauftragt, da er auf Grund der Zusagen Bornemanns keine Probleme erwartete.¹⁸⁸ Doch Bornemann hielt sich nicht an den vereinbarten Inhalt und überraschte die Moderatorin mit den zitierten Aussagen. Die journalistisch übliche Distanzierung von seinen Thesen während der Sendung unterblieb. »Der unmittelbar verantwortliche Redakteur für dieses Magazin«, Franzke, hatte jedoch »verschlafen«, sodass er nicht vor Ort war und eingreifen konnte.¹⁸⁹

An diesem Tag gab es dann eine Bundestagsdebatte zur Lage der Nation, in der der Beitrag des Morgenmagazins breit diskutiert wurde. NRW-Innenminister Willi Weyer, der auch Mitglied des Verwaltungsrats war, bat in der Intendanz um sofortige Aufklärung über den Vorfall. Dort hatte man erkennbar nervös verschiedene Erklärungen diskutiert, die zunächst zur Beruhigung der öffentlichen Aufregung dienen sollten. Doch als Redakteur Franzke der versammelten WDR-Leitung die Panne erklärte, übernahm von Bismarck ohne Abstriche die Verantwortung.¹⁹⁰

Politisch war damit die Sache aber nicht erledigt, im Gegenteil, nun wurde von Seiten der CDU gefordert, den zu dieser Zeit zu einem Kuraufenthalt in der Schweiz weilenden Hörfunkdirektor Fritz Brühl als formal Verantwortlichen abzuberaufen.¹⁹¹ Der Verwaltungsrat dementierte zwar Meldungen, dass er über solche Forderungen debattiert habe, schlug aber dem Intendanten intern vor, Brühls Kuraufenthalt zu verlängern, bis sich die öffentliche Aufregung um diesen Vorgang gelegt habe. Von Bismarck begab sich am 18. Juni eigens dafür in die Schweiz, um dies mit Brühl abzuklären.¹⁹² Zwischenzeitlich hatten führende CDU-Mitglieder wie Heinrich Köppler und sein Stellvertreter in der NRW-Landtagsfraktion, Albrecht Pürsten, mit Blick auf diesen Vorgang ihre »Rotfunk«-Vorwürfe öffentlich untermauert. Auch ansonsten eher zurückhaltende Repräsentanten der CDU wie Wilhelm Lenz meldeten sich nun zu Wort und warfen dem WDR »Stürmer-Stil« in der Berichterstattung vor.¹⁹³ Später griff Heinrich Windelen den Vorfall auf, um im Vorfeld des wegen der sozialdemokratischen Ostpolitik ungewöhnlich hart geführten Bundestagswahlkampfes die »Notwendigkeit einer besonderen Ausgewogenheit der Programme vor Wahlen« einzufordern.¹⁹⁴ Die Redakteursversammlung des WDR erklärte sich in einer Resolution am 21. Juni mit Brühl solidarisch.¹⁹⁵ Ende des Monats erklärte der Verwaltungsrat den Konflikt um die Abberufung Brühls zwar offiziell für beendet¹⁹⁶, doch intern war parteiübergreifend die Frage aufgeworfen worden, ob die Beispiele der beanstandeten Sendungen nicht deutlich machen würden, »dass ein bestimmter Prozentsatz von Mitarbeitern nicht bereit sei, sich an die Spielregeln einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt zu halten«.¹⁹⁷ Von Bismarck

188 Interview mit Michael Franzke, 28.07.1999.

189 Kölner Stadt-Anzeiger, 21.06.1972.

190 Interview mit Michael Franzke, 28.07.1999.

191 Vgl. epd/KuR, Nr. 20, 08.06.1972, S. 8 f.

192 In der Staatskanzlei Düsseldorf wurde eine spezielle Akte zu diesem Vorgang angelegt. Vgl. das Schreiben des Intendanten an Ministerpräsident Heinz Kühn, 16.06.1972 inklusive Anlagen, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinz Kühn, 02.02.1972–04.12.1973.

193 Vgl. CDU-Kampagne Westdeutscher Rundfunk (Köln), S. VIII.

194 Schreiben Windelen an Intendant von Bismarck, 19.10.1972, WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinrich Windelen, 28.04.1971–28.02.1974.

195 Vgl. epd/KuR, Nr. 23, 28.06.1972, S. 8 f.

196 Ebd.

197 Notiz des Intendanten über das Gespräch mit Brühl am 18. Juni 1972 in Zürich, WDR HA, AA: Intendanz-Hörfunk-Korrespondenz mit dem Hörfunkdirektor Dr. Fritz Brühl, 01.01.1971 bis 31.03.1974.

teilte die Kritik insofern, als er Defizite in der Delegation von Verantwortung im WDR sah und nun Maßnahmen ergriff, die in die erwähnte Regelung über den »verantwortlichen Redakteur« mündeten.¹⁹⁸

4.2 Der versuchte »Befreiungsschlag« des Intendanten. Klaus von Bismarcks Frankfurter Rede 1974 und ihre Wirkungen

In der Folgezeit kam es jedoch mehrmals zu Rundfunkbeiträgen im WDR, die auch von Bismarcks Missfallen erregten. Vor diesem Hintergrund¹⁹⁹ sind seine Aufsehen erregenden Thesen in einem Vortrag anlässlich des 25-jährigen Bestehens des evangelischen Informationsdienstes »epd/Kirche und Rundfunk« am 12. Februar 1974 in Frankfurt zu verstehen.²⁰⁰ In dem als »Frankfurter Rede« bekannt gewordenen Referat analysierte von Bismarck kritisch die politische Polarisierung in der Bundesrepublik Deutschland und besonders die Entwicklung im Rundfunk. Darauf aufbauend rief er unter anderem zur äußersten Wachsamkeit gegenüber »Systemveränderern« auf. Die, so von Bismarck, gebe es auf beiden politischen Seiten. Während »in einigen Organen der Presse« die »rechte Seite deutlich zum Vorschein« käme, seien es in den Rundfunkanstalten »eher extrem linke Kräfte, die versucht sind, Redaktionen für Agit prop im Sinne ihres persönlichen politischen Engagements zu missbrauchen.« Dabei sei gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk für »die Abwehr der Extremen mitverantwortlich.« »Links« und »Rechts« dürften aber »nicht in den Untergrund abgedrängt«, sondern müssten »in öffentlicher Diskussion gestellt« werden. Wie so etwas konkret geschehen sollte, ließ er jedoch offen.²⁰¹

Als Reaktion auf diese Frankfurter Rede sprach der Redakteurausschuss des WDR von einer »Vertrauenskrise«. Er wies die »pauschalen Vorwürfe« von Bismarcks zurück und kritisierte, dass der Intendant »interne Konflikte nach draußen« getragen habe. Von Bismarck konterte, man solle seine Rede »erst mal ganz lesen«, denn die Agenturen hätten sie unzulässig verkürzt wiedergegeben.²⁰² In den folgenden Tagen und Wochen kam es zu weiteren öffentlichen Wortgefechten zwischen dem Redakteurausschuss und dem Intendanten.²⁰³ Anfang März distanzieren sich 70 WDR-Mitarbeiter vom Redakteurausschuss. Eine pauschale Ablehnung der Frankfurter Rede hielten sie für unangemessen und erinnerten außerdem daran, dass sich von Bismarck als Intendant in der Vergangenheit bei öffentlicher Kritik an Programmbeiträgen oft schützend vor seine Mitarbeiter gestellt hatte.²⁰⁴ Es kam schließlich zu einer Aussprache zwischen von Bismarck und den Redakteuren, die in eine versöhnliche gemeinsame Erklärung mündete.²⁰⁵

198 Vgl. WDR-Information, Nr. 141/72, 19.06.1972.

199 Ein Anlass der Frankfurter Rede war die Sendung »Lieder gegen Rechts« vom 27. November 1973 im Dritten Fernsehprogramm des WDR. Von Bismarck hatte in einer späteren Stellungnahme im Unterschied zu Fernsehdirektor Höfer die Sendung scharf kritisiert und seine Stellungnahme Mitarbeitern und Programmbeirat übermittelt. Disziplinarrechtliche Schritte gegen den verantwortlichen Redakteur leitete er entgegen den Forderungen des Verwaltungsratsvorsitzenden Lenz nicht ein, sondern beließ es bei einer schriftlichen Verwarnung. Vgl. Notiz des Intendanten über das Gespräch mit Herrn Dr. Lenz am 06.03.1974 in Köln, WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 01.06.1973–31.05.1975.

200 Folgende Zitate nach: Schmid, »Ich fühlte mich ...«, Kapitel V.

201 Vgl. epd/KuR, Nr. 26, 06.04.1974, S. 6 ff.

202 Zitiert nach: epd/KuR, Nr. 12, 16.02.1974, S. 18 f. Vgl. auch Kölnische Rundschau, 16.02.1974.

203 Vgl. epd/KuR, Nr. 13, 20.02.1974, S. 6a, und Nr. 14, 23.02.1974, S. 9.

204 Vgl. epd/KuR, Nr. 19, 13.03.1974, S. 7 f.

205 Erklärung vom 29. März 1974, in: epd/KuR, Nr. 26, 06.04.1974, S. I–III.

Eine für ihn persönlich problematische Folge seiner Frankfurter Rede war allerdings, dass von Bismarck nun von politisch interessierter Seite als »Kronzeuge« ihrer Vorwürfe gegenüber dem »linken« WDR benutzt wurde.²⁰⁶ Immer wieder geriet er in die Verlegenheit, seine Rede öffentlich »interpretieren« zu müssen und sich dagegen zu verwehren, für die »Rotfunk«-Kampagne missbraucht zu werden.²⁰⁷

Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem WDR zog Intendant von Bismarck in einem Interview mit der »epd« im März 1976 Bilanz über die Entwicklung der Mitbestimmung und blickte dabei auch selbstkritisch auf seine Frankfurter Rede von 1974 zurück, die zwar notwendig gewesen sei, aber, wie er treffend feststellte, auch »zweifellos einige qualifizierte Mitarbeiter schockiert und bis heute in eine Distanz zu mir gebracht« habe.²⁰⁸ Später räumte er ein, dass die von ihm entgegen seiner sonst üblichen Vorgehensweise vorab nahezu geheim gehaltene Rede vor allem auch der Versuch eines »Befreiungsschlages« in einer immer weniger erträglichen Situation zwischen politisch »linken« und »rechten« Eiferern gewesen sei.²⁰⁹ Geglückt war ihm dieser »Befreiungsschlag« jedoch nicht.²¹⁰

4.3 Zwischen »Rotfunk«-Vorwürfen und SPD-Interessen. Die Parteien und die Intendantenwahl beim WDR 1975

Führende Politiker der CDU wie Heinrich Köppler und Heinrich Windelen hielten – unterstützt von Zeitungen wie »Bild«, »Die Welt« und »Bayernkurier« – an der »Rotfunk«-Kampagne fest und versuchten im Vorfeld der Intendantenwahl 1975, die sich mit der Zeit des Landtagswahlkampfes in NRW überschneidet, den möglichen Kandidaten von Bismarck öffentlich zu diskreditieren.²¹¹ Im Frühjahr 1975 ließ Windelen mehrmals verlauten, dass die CDU sich »diesen Rotfunk« nicht mehr länger gefallen lasse.²¹² Intendant von Bismarck wehrte sich in öffentlichen Äußerungen und direkt gegenüber WDR-Gremienmitgliedern gegen diese Vorwürfe.²¹³ In einem Schreiben an den stellvertretenden Vorsitzenden des Rundfunkrats Peter Giesen (CDU) vom 23. April 1975 stellte er fest: »Ich habe niemals die Meinung geäußert, dass es sich bei der von bestimmten Seiten geäußerten Kritik an bestimmten Sendungen und Sendereihen des WDR ausschließlich oder in erster Linie um eine durch den Wahlkampf hervorgerufene Aktion handelt. Ich bin nur nach wie vor der Meinung, dass die partiell nicht unberechtigte Kritik an diesen oder jenen Sendungen in den letzten Wochen dadurch maßlos überzogen wurde,

206 Vgl. epd/KuR, Nr. 58, 07.09.1974, S. 7.

207 Vgl. epd/KuR, Nr. 22, 05.05.1975, S. 9 f.

208 Zitiert nach: Schmid, »Ich fühlte mich ...«, Kapitel V.

209 Interview mit Klaus von Bismarck, 19.12.1996. Helmut Drück (Interview, 01.09.1999), der damalige Leiter der Intendanz, bestätigte später diese Interpretation. Entgegen der sonst üblichen breiten Einbeziehung von ihm vertrauten Mitarbeitern im WDR in die Ausarbeitung solcher wichtiger Reden zog von Bismarck diesmal nur sehr wenige Personen vorab zur vertraulichen Stellungnahme heran. Zu diesen Auserwählten gehörte Manfred Jenke (Interview, 22.09.1999).

210 Ein Kernproblem der Wirkung dieser Rede für den Intendanten von Bismarck war, dass auch die als »links« eingestuften WDR-Mitarbeiter, die sich ihm gegenüber zuvor sehr loyal gezeigt hatten, die Rede als »Verrat« empfanden. Interviews mit Carola Stern, 03.09.1999; Peter Bender, 23.11.1999.

211 Vgl. epd/KuR, Nr. 14, 01.03.1975, S. 3 f., und Nr. 20, 22.03.1975, S. 7 f. und I–III.

212 Vgl. Neue Rhein Zeitung, 24.02.1975 und vgl. CDU-Kampagne Westdeutscher Rundfunk (Köln), S. VIII.

213 Vgl. Klaus von Bismarck, Was ist nun mit dem Rotfunk?, in: Funk-Korrespondenz 23, 1975, 27/28, S. 4–9; epd/KuR, Nr. 22, 05.04.1975, S. 8 f.

dass der WDR bzw. der Streit um seine Ausgewogenheit zum Wahlkampfthema gemacht wurde. Dass dies mit Absicht geschehen ist bzw. geschehen würde, haben uns ja z.B. Herr Windelen, aber auch Herr Köppler, mehrfach bestätigt.«²¹⁴

Doch nicht nur die Angriffe der CDU, sondern auch das Verhalten der SPD-Mitglieder in den Gremien ließen zunächst wenig Interesse an einer Wiederwahl von Bismarcks erkennen. Der damalige Hörfunkdirektor Manfred Jenke schilderte die Situation später so: »Im Verwaltungsrat erlebte ich Sitzungen, in denen von Bismarck regelrecht zusammengestaucht wurde. Auch dort war also die Autorität nicht mehr da. Spätestens ab Mitte 1975 war er schon ziemlich demontiert. Er selbst wirkte auch lustlos.«²¹⁵

Wie erwähnt hatte es schon im Vorfeld der Wahl 1970 Auseinandersetzungen um den Kandidaten Klaus von Bismarck gegeben, der nur knapp in seinem Amt bestätigt wurde. Ende 1974 schien dann vorzeitig das Ende der »Ära Bismarck« beim WDR besiegelt, denn die SPD hatte mit Johannes Rau früh einen Kandidaten zur Diskussion gestellt, der als haushoher Favorit gehandelt wurde. Als jedoch Rau zur Überraschung vieler von einer Kandidatur Abstand nahm, war plötzlich der bisherige Amtsinhaber wieder im Gespräch.²¹⁶ Je näher der Termin für die Neuwahl des Intendanten beim WDR rückte, desto mehr spitzte sich der Konflikt um die Besetzung dieses Amtes zu. Heinrich Köppler erklärte frühzeitig, dass von Bismarck keine Unterstützung von der CDU zu erwarten hätte.²¹⁷

Von Bismarck war sich selbst unsicher, ob er nochmals antreten sollte. Ihm nahe stehende Personen ermunterten ihn jedoch, sich für eine weitere Amtsperiode von fünf Jahren zur Verfügung zu stellen.²¹⁸ Er sah sich somit nach eigenem Bekunden in der Pflicht, eine erneute Kandidatur ernsthaft zu erwägen, zumindest so lange kein »überzeugender Kandidat [...] mehr im Spiel war«.²¹⁹ Doch die SPD zeigte im Sommer 1975 »eine unerquickliche Wankelmütigkeit«, so der zeitgenössische Kommentar eines sachkundigen Mitarbeiters der »epd«: »Gestern noch für Bismarck, heute in vielsagendes Schweigen gehüllt. Offenbar hätte man auch seitens der SPD lieber einen Intendanten, der immer pariert und der von der Parteispitze her im Konfliktfall zu lenken ist.«²²⁰

Der Kommentator hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. In den vorangegangenen Jahren hatten sozialdemokratische Gremienmitglieder in diesem Sinn wiederholt das Verhalten von Bismarcks kritisiert. In einer Besprechung der vier sozialliberalen Verwaltungsratsmitglieder mit Intendant von Bismarck und seinem Stellvertreter von Sell im Januar 1973 über die Nachfolge des Fernsehchefredakteurs Franz Wördemann hatte Johannes Rau einer internen Notiz zufolge »die Grundsatzfrage [gestellt], ob sich ein Intendant, von den Mitgliedern der sozialliberalen gewählt, nicht auch als ein Intendant der sozialliberalen Koalition verhalten müsse, indem er sich in wichtigen Fragen (also auch Personalfragen?) mit den Angehörigen dieser Koalition vorher abstimmt.« Von Bismarck hatte geantwortet, »dass – ungeachtet seiner persönlichen Einstellung, die in wichtigen Bereichen (z.B. Ostpolitik) der Koalition entspreche – er, nachdem er ein drittes Mal gewählt wurde, nach seiner Auffassung im Interesse aller Gruppen verantwortlich sei, also nicht mit ›Schlagseite Koalition‹ handeln und auftreten könne.« Er »verfolge mit Sorge eine Entwicklung, nach der die einzelnen Anstalten der ARD immer bestimmten politischen Gruppen (je nach ihrem Mehrheits-Einfluss) zugerechnet wür-

214 In: WDR HA, AA: Intendanz-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 01.06.1973–31.05.1975.

215 Interview mit Manfred Jenke, 22.09.1999.

216 Vgl. epd/KuR, Nr. 70/71, 02.10.1975, S. 4 f.

217 Vgl. epd/KuR, Nr. 67, 20.09.1975, S. 1 f.

218 Interview mit Klaus von Bismarck, 30.04.1997.

219 Zitiert nach: epd/KuR, Nr. 67, 20.09.1975, S. 5 f.

220 So Friedrich Wilhelm Hymmen, zitiert nach: epd/KuR, Nr. 67, 20.09.1975, S. 1.

den.«²²¹ Außerdem achtete er in solchen Auseinandersetzungen darauf, dass ihm die Gremienmitglieder nicht Kompetenzen streitig machten.²²² Dessen ungeachtet gab es in der Folgezeit mehrmals Versuche von sozialdemokratischen Gremienmitgliedern, ihm vor allem in Fragen der Personalpolitik genau diese streitig zu machen: Sie forderten »frühzeitige Information«.²²³ Hier befanden sie sich in einem munteren Wettbewerb mit ihren christdemokratischen Kollegen.²²⁴

Hinzu kam, dass die nordrhein-westfälische SPD es dem WDR-Intendanten nicht immer einfach machte, ihr genehme Entscheidungen zu fällen. So teilte Heinz Kühn von Bismarck ebenfalls im Januar 1973 mit, dass er persönlich die Erwägungen des WDR zur politischen Balance ausdrücklich billige. Er wies ihn aber auf die oft schwierige Meinungsbildung in den eigenen Reihen hin. So habe es selbst gegen die Berufung des »klar der SPD zuzuordnenden Herrn von Sell« zum Verwaltungsdirektor anfangs Bedenken bei jüngeren Sozialisten gegeben, weil es damit zwei Adlige in der Spitze des WDR gebe.

Vor diesem Hintergrund bereitete, wie eingangs erwähnt, von Bismarck nach längerem Zögern schließlich allen Spekulationen, ob ein nicht parteilich gebundener Rundfunkpolitiker wie er noch einmal Intendant des WDR werden könne, ein Ende, indem er am 15. September 1975 definitiv erklärte, dass er für keine weitere Amtsperiode mehr zur Verfügung stehe. Kurze Zeit später wurde das SPD-Mitglied Friedrich-Wilhelm Freiherr von Sell zu seinem Nachfolger gewählt. Die CDU hatte diese Entwicklung durch ihre frühe Absage an den Kandidaten von Bismarck nach Einschätzung zeitgenössischer Beobachter noch begünstigt.²²⁶ So gesehen war diese Auseinandersetzung

221 Notiz des Intendanten über die Besprechung am 23.01.1973 in Düsseldorf, 24.01.1973, WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973. Es ging in dieser Besprechung um die Nachfolge des der CDU zugeordneten Fernsehchefredakteurs Franz Wördemann. SPD-Mitglieder kritisierten, dass mit der Besetzung durch Julia Dingwort-Nusseck diese Stelle zu einem »Erbhof der CDU« gemacht würde. Die Entscheidung inklusive der Absprache, Manfred Jenke (SPD) im Gegenzug in der Nachfolge Brühls zum Hörfunkdirektor zu ernennen, war aber zu diesem Zeitpunkt intern bereits gefallen. Vor allem Kühn hatte diese Lösung mitgetragen. Vgl. das Schreiben von Bismarcks an Ministerpräsident Heinz Kühn, 12.01.1973, WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinz Kühn, 02.02.1972–04.12.1973.

222 So hatte von Bismarck in dieser Angelegenheit bereits zuvor alle Verwaltungsratsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, dass dem WDR-Gesetz zufolge die Auswahl geeigneter Personen für leitende Funktionen dem Intendanten obliege, der Verwaltungsrat habe lediglich das Recht, dem Vorschlag zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Vgl. das Schreiben von Bismarcks an den Verwaltungsratsvorsitzenden Lenz, 26.09.1972, WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit dem Vorsitzenden Dr. W. Lenz, 25.05.1971–31.05.1973.

223 Vgl. Notiz des Intendanten über das Gespräch mit Herrn Rau am 14.03.1973 in Düsseldorf, WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinz Kühn, 02.02.1972–04.12.1973.

224 Im Hinblick auf die Nachfolge Wördemanns gab es parteiübergreifenden Unmut im Verwaltungsrat, weil die WDR-Leitung dessen Mitglieder spät von Personalvorentscheidungen informiert hatte. Vgl. Westfälische Rundschau, 04./05.11.1972. Zu den Ansprüchen der CDU auf Mitbestimmung in Personalentscheidungen vgl. epd/KuR, Nr. 22, 05.04.1975, S. 10 f. Auch im Zusammenhang mit der Novellierung des WDR-Gesetzes von 1954 war es zu parteiübergreifenden Versuchen gekommen, größeren Einfluss auf die Kölner Sendeanstalt zu erlangen. Die Verantwortlichen des WDR wehrten sich dabei teilweise erfolgreich gegen einen interfraktionell eingebrachten Gesetzentwurf im Landtag und konnten so erreichen, dass das am 9. Juli 1974 in Kraft getretene »Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln« von fachkundigen Beobachtern als Kompromiss eingestuft wurde. So Bausch, S. 637.

225 Zitiert nach: Notiz des Intendanten über das Gespräch mit Herrn Kühn am 14.11.1972, WDR HA, AA: Intendant-Verwaltungsrat-Korrespondenz mit Heinz Kühn, 02.02.1972–04.12.1973.

226 Vgl. epd/KuR, Nr. 75, 18.10.1975, S. 1.

ein Erfolg der in NRW zu dieser Zeit politisch führenden Sozialdemokraten in einer primär von parteipolitischen Überlegungen dominierten Wahl.²²⁷

Bei seiner offiziellen Verabschiedung am 30. März 1976 zog von Bismarck ein nüchternes Resümee seiner fünfzehnjährigen Intendantentätigkeit und bekannte sich ein weiteres Mal zu seinen Prinzipien, vor allem zu einer »treuhänderische[n] Verwaltung der Macht, die uns mit dem Hörfunk- und Fernsehprogramm anvertraut ist«. Seinem Nachfolger und den übrigen WDR-Mitarbeitern hinterlasse er einige »unbewältigte Aufgaben«. Für besonders dringend erachtete er es, der Zunahme an »Ratlosigkeit, Ängste[n], Spannungen, Interessengegensätze[n]« entgegenzuwirken, ohne dabei der »Versuchung einer nostalgischen Resignation« zu erliegen.²²⁸ Bei anderer Gelegenheit bedauerte er einen gestiegenen Einfluss der politischen Parteien auf den bundesdeutschen Rundfunk.²²⁹

5. SCHLUSSBEMERKUNG

Ein Kompromisskandidat, der sich in politisch bewegten Zeiten fünfzehn Jahre an der Spitze der größten westdeutschen Rundfunkanstalt hält und dabei prägenden Einfluss auf ihre Entwicklung nimmt, verdient Respekt. Klaus von Bismarck ist dies gelungen. In den 1960er Jahren, der Zeit der großen Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und vielfältiger gesellschaftspolitischer Aufbrüche, stützte sein an Überparteilichkeit orientiertes Engagement die Experimentierfreudigkeit der Mitarbeiter und ihr oft pointiertes Aufgreifen zentraler politischer Fragen im Programm des WDR. So baute die Kölner Sendeanstalt unter seiner Leitung die Programmkapazitäten – vor allem im Fernsehen – erheblich aus, widersetzte sich zum Erhalt größtmöglicher Unabhängigkeit zumindest teilweise erfolgreich dem Ansinnen, mehr Werbung im Rundfunk zuzulassen, übernahm wichtige Gemeinschaftsaufgaben in der ARD und förderte die Debatte um eine veränderte Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland durch einschlägige Programmbeiträge und gezielte Förderung rundfunkpolitischer Kontakte über den »Eisernen Vorhang« hinweg. An vielen Stellen wurde der Intendant sogar persönlich aktiv, wobei sein oft leidenschaftliches Engagement aber zuweilen heftigen Widerspruch erfuhr. Intern teilten etwa nicht alle seine Bestrebungen, dem Thema »Entwicklungsländer« zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen, und mit seiner Fürsprache für die sozialdemokratische Ostpolitik zog er besonders Kritik von führenden Vertretern der CDU und der Vertriebenenverbände auf sich.

Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre änderten sich die Rahmenbedingungen. Die Grenzen der Finanzierbarkeit eines weiteren Ausbaus des Programmangebots wurden sichtbarer, und es wurde im Zusammenhang mit den Protesten der »68er« nun auch die interne Hierarchie in der Sendeanstalt massiv in Frage gestellt. Deutlichen Ausdruck fand dies in der Forderung nach einem Redakteursstatut, das Redakteuren verbesserte Mitbestimmungsrechte in Programm- und Personalfragen einräumen sollte. Schon durch diese Herausforderungen verengten sich die Handlungsspielräume des Intendanten, dessen differenzierte Stellungnahmen auch externen Beobachtern zufolge zuweilen widersprüchlich erschienen.

Als außerdem die »Rotfunk«-Kampagne die bereits zuvor erkennbaren Konflikte um das Programm und die Politik des WDR einem Höhepunkt zuführte, wurde dem labilen Gleichgewicht der auf Interessenausgleich zielenden Amtsführung des Intendanten mehr und mehr der Boden entzogen. Repräsentanten der CDU und ihr nahe stehende

227 Vgl. *Bausch*, S. 637 ff.

228 Zitiert nach: *Schmid*, »Ich fühlte mich ...«, Kapitel V.

229 Vgl. ebd.

Presseorgane nahmen die Berichterstattung über Aktivitäten der Baader-Meinhof-Gruppe und, wie sich bald herausstellte, relativ harmlose Verwicklungen von Mitarbeitern der Kölner Rundfunkanstalt zum Anlass, ihre Kritik am »linkslastigen« WDR zu bündeln. Parallel dazu bekundeten führende Sozialdemokraten ihren Wunsch nach größerem Einfluss vor allem auf die Personalpolitik des WDR. In der zunehmenden politischen Polarisierung dieser Zeit forderten die beteiligten Interessengruppen dabei jeweils deutliche Parteinahme für ihre Anliegen. Von Bismarck widersetzte sich solchem Ansinnen, indem er auf eine streng sachliche Berichterstattung in der Auseinandersetzung um »Baader-Meinhof« und auf seine gesetzlich garantierten Befugnisse in Personalentscheidungen der Rundfunkanstalt pochte. So prägte er das Bild vom liberalen WDR wesentlich mit.

Gleichzeitig agierte er zunehmend glücklos in seinen Bemühungen um eine Versachlichung damit verbundener zentraler Diskussionen, sowohl hinsichtlich einer verbesserten Delegation von Verantwortung im »Großbetrieb« WDR als auch im Hinblick auf eine zeitgemäße politische Akzentuierung eigener Kritik an der Entwicklung im Rundfunk. Die Einführung des »verantwortlichen Redakteurs« erwies sich zum Beispiel als nur begrenzt geeignete Maßnahme, interne Verantwortlichkeiten zu klären, und die so genannte »Frankfurter Rede« von Bismarcks ließ ihn einerseits unverhofft zum »Kronzeugen« der »Rotfunk«-Kampagne werden und rief andererseits breite interne Kritik hervor. Mitarbeiter bemängelten nun seinen patriarchalisch anmutenden Führungsstil, und die Überzeugungskraft seiner steten Hinweise auf die Treuhänderaufgabe des Rundfunks wurde ausgehöhlt, da er selbst in zwar wenigen, aber wichtigen Auseinandersetzungen seinen hohen Ansprüchen nicht genügen konnte oder ratlos wirkte. So stellt sich rückblickend auch die Frage, ob es tatsächlich angemessen und klug war, auf die beschriebenen Herausforderungen Anfang der 1970er Jahre vorrangig mit einem Beharren auf Grundsätzen zu antworten.